

Fernsprecher: In Wiesbaden Nr. 636,
in Oestrich Nr. 6, in Eltville Nr. 216.

32. Jahrgang.

Ueber den Gesekentwurf zur Vesserstellung der Altpensionäre und der Altkinderbleibenden ist nunmehr zwischen den beteiligten Stellen des Reiches und Preussens eine Verständigung erzielt worden. Die Vorlage wird nunmehr dem preuss. Staatsministerium zugehen und voraussichtlich Anfang nächsten Monats an den Bundesrat gelangen. Dem Vernehmen nach soll der Entwurf der Forderung uneingeschränkter Gleichstellung der Bezüge der Altpensionäre mit denen der Neupensionäre nicht Rechnung tragen. Die Mittel zur Durchführung des Gesetzes sollen bekanntlich aus der Novelle zum Totalisatengesetze gewonnen werden.

Die fünf größten Wehrbeiträge

Der Stand der Einschätzungen zum Wehrbeitrage ist so weit gediehen, daß sich seine Ausgestaltung im Einzelnen bereits gut überblicken läßt. Es ergibt sich, so schreibt der nationalliberale „Deutsche Kurier“, daß allein die fünf größten Wehrbeiträge die Hälfte der Höhe von 20 Millionen Mark erreichen. Diese Summe verteilt sich im einzelnen folgendermaßen: Ein Millionär hat 3 Millionen zu entrichten, drei zahlen je 4 Millionen und einer 5 Millionen an einmaligem Wehrbeitrag. Den höchsten Beitrag überhaupt hat Frau Bertha Krupp v. Bohlen und Dalbach an das Reich abzuführen. Nämlich, da ihr Vermögen auf 284.000.000 Mark und ihr jährliches Einkommen auf 18 Millionen Mark einzuschätzen ist, so beläuft sich ihr Beitrag auf 5 Millionen. Unter denen, die vier Millionen entrichten werden, ist an erster Stelle der deutsche Kaiser hervorzuheben. Er steht mit der Höhe seines Beitrages an der Spitze aller von den sonstigen deutschen Bundesfürsten zu leistenden Wehrbeiträge. Ihm gleich stehen aufgrund ihres annäherungsweise auch auf gleichem Stand sich haltenden Vermögens und Einkommens der Fürst Guido Hensel von Donnersmarck und der Fürst Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen, Herzog von Ujest. Sehr groß wird sich auch der Beitrag des Fürsten v. Bismarck und des Freiherrn Max von Goldschmidt-Rothschild gestalten. Man ist übrigens in finanzwissenschaftlichen Kreisen vielfach der Ansicht, daß bei Gelegenheit der Veranlagung zum Wehrbeitrag in vorzüglicher Weise zum erstenmal eine genaue Feststellung des Nationalreichtums des deutschen Volkes sich ermöglichen lassen wird.

Religionsunterricht in den ländlichen Fortbildungsschulen

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs betr. die ländlichen Fortbildungsschulen im Herrenhause wurde folgender Beschluß gefaßt: Die ländliche Schulbildung und Fortbildung der männlichen schulpflichtigen Jugend, die durch das vorliegende Gesetz gefördert werden soll, bedingt auch die religiöse Fortbildung in der Konfession der Fortbildungsschüler. Die königliche Staatsregierung wird daher ersucht, die Ausführung dieser Aufgabe in einer dem reiferen Alter und den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Form zur Geltung zu bringen. Namentlich liegt eine Entscheidung der Regierung auf diesen Beschluß vor, welche lautet: Bei Erlass der Ausführungsvorschriften zu diesem Gesetz ist den Schulaufsichtsbehörden die Förderung eines freiwilligen Religionsunterrichtes im Anschluß an die Fortbildungsschule erneut zur Pflicht gemacht, zugleich ist auf die im Verlaufe gebotene Gelegenheit zur ländlichen religiösen Vertiefung des Unterrichts in der Fortbildungsschule eindringlich hingewiesen, endlich ist die Beteiligung der Geistlichen an diesem Unterricht als sehr erwünscht bezeichnet worden.

Die Zunahme des Viehstandes in Preußen

Auf der Mahnahmen der preussischen Staatsregierung, über deren Art und Wirkung bekanntlich in einer dem Landtag in der nächsten Session vorzulegenden Denkschrift Aufschluß gegeben werden soll, hat die Steigerung der Viehzucht sehr erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Viehzählung vom 1. Dezember 1913 hat, wie auch der Landwirtschaftsminister im Abgeordnetenhaus mitteilte, ergeben, daß die Zahl der Rinder von 11,9 auf 12,3 Millionen oder um rund 400.000 Stück gestiegen ist; es ist damit der bisherige, im Jahre 1908 erreichte Höchstbestand noch um nahezu 300.000 Stück übertraffen. Die Schweine haben um rund 2½ Millionen, von 15,5 Millionen auf 18 Millionen, zugenommen, und der bisherige Höchstbestand von 1911 ist um nahezu 800.000 Stück übertraffen. Dieser ebenfalls bemerkenswerte wie erfreuliche Erfolg dürfte mit in erster Linie der energischen Durchführung und Aufrechterhaltung des Seuchenschutzes zuzuschreiben sein. Daß es im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, unseres Ernährungszustandes und unserer Kriegsfähigkeit erforderlich ist, an dem so befehlswürdigen Seuchenschutz festzuhalten, beweisen die Bismarck über den Verkaufswert der Hauptviehhaltungen, die jedoch vom kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlicht werden. Danach betrug bei der Viehzählung am 2. Dezember 1912 der Verkaufswert der Pferde, einschließlich Militärpferde, rund 3360 Millionen Mark, der Verkaufswert von Rindvieh 7065 Millionen Mark, der Verkaufswert der Schafe 190 Millionen Mark, der Schweine 1711 Millionen Mark, der Gänse 90 Millionen Mark, der Gänse 1567 Millionen Mark. Das ergibt einen Gesamtverkaufswert von nahezu 14 Milliarden Mark. Diese gewaltige Ziffer spricht so sehr für sich selbst, daß es zur Rechtfertigung unseres Seuchenschutzes im bisherigen Umfang keines weiteren Wortes bedarf.

Einführung von Gefrierfleisch

Die Hamburger Fleisch-Großhändler haben an das Reichsamt des Innern erneut eine Eingabe wegen Erleichterung der Untersuchungsverfahren für eingeführte gefrorene Hammel gerichtet. Bekanntlich hatte die hamburgische Regierung bereits im Herbst 1912 beim Bundesrat eine Erleichterung dieser Bestimmungen angeregt. Der Bundesrat konnte sich aber nicht entschließen, die erlassenen Vorschriften abzuändern, und Hamburg hatte deshalb seinen Antrag zurückgezogen. Die Eingabe der Hamburger Fleischgroßhändler dürfte kaum ein anderes Schicksal haben.

Kleine politische Nachrichten

Die Fortschrittliche Volkspartei hat den Antrag gestellt, den in der Budgetkommission des Reichstags gestrichenen Reichsbeitrag für die olympischen Spiele wiederherzustellen. Die im diesjährigen Etat geforderte Summe beläuft sich auf 46.000 M.

Nach den letzten Vereinbarungen zwischen den Parteien und der Regierung steht es nun fest, daß die Jahreshinterpellationen im Reichstag am Freitag zur Beratung gelangen.

Strasbourg i. E., 20. Jan. Die Strassburger Post läßt sich aus Bayern melden, es sei der Offizier des Infanterieregiments Nr. 99 mitgeteilt worden, daß das erste und zweite Bataillon auf den Truppenübungsplätzen Oberhofen bzw. Bülch bis zum 1. Oktober verbleiben. Bis zu diesem Termin werde das Regiment nach einem neuen Garnisonort verlegt werden. Wie man hört, sei Strassburg in Aussicht genommen, einige Offiziersfamilien hätten bereits ihren Haushalt aufgelöst und seien vorläufig abgereist. Das Wolffsche Bureau bemerkt dazu: Eine amtliche Bestätigung der Meldung liegt nicht vor.

Ausland

Die Laischule in Frankreich

Paris, 20. Jan. Die Kammer nahm das ganze Gesetz über den Schulbesuch und die Vertretung der Laischule mit 424 gegen 131 Stimmen an.

Ende des Streiks in Südafrika

Johannesburg, 20. Jan. Der Generalsekretär des Südafrikanischen Bergarbeiterverbandes erklärte in einem Interview, daß die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes nicht zur Arbeit zurückkehren könnten, bis die Regierung das Kriegsrecht aufgehoben habe, oder der Bergarbeiterverband oder der Gewerkschaftsverband ihren durch die Abkündigung gestellten Streikbescheid zurückgenommen hätten.

Johannesburg, 20. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Die Lage im Eisenbahnbetrieb ist fast überall im Lande normal.

Pretoria, 20. Jan. Eine Proklamation ordnete die unvergleichliche Demobilisierung einzelner Truppenteile in Pretoria, Pauresmith und Durban an. Gleichzeitig wurde verfügt, daß am 23. Januar in Natal und Rand einzelne Truppenteile demobilisieren.

Die Säugung in Indien

Kalkutta, 20. Jan. Gestern Abend ereignete sich ein neuer politischer Anschlag. Ein Unterinspektor der Kriminalpolizei wurde auf offener Straße durch Revolverkugeln getötet in Gegenwart von Dutzenden von Passanten. Niemand verfolgte, den Mörder zu ergreifen. Nach langer Jagd, auf welcher der Mörder mehrere Schüsse abgab, wurden zwei Personen verurteilt.

Der Attentäter konnte von einem Ordnungsoffizier festgenommen werden.

Wilsons Trustbotschaft

New York, 20. Jan. Wilsons Trustbotschaft entspricht im wesentlichen schon der veröffentlichten Vorlesung. Er verlangt eine Kommission zur Beaufsichtigung der Industrie- und Gewerkschaften und Erweiterung der Befugnisse der gegenwärtigen Interstate Commission, so daß diese auch die Finanztransaktionen der Eisenbahnen beaufsichtigen soll. Große Unternehmungen, wie Banken, Bahnen und Industrie- und Gewerkschaften sollen nicht durch Personalunionen oder Aufsichtsratsverflechtungen unter die Kontrolle einheitlicher Finanzgruppen gebracht werden können. Dementsprechend soll auch die Stimmberichtigung einzelner, sofern diese an verschiedenen Unternehmungen beteiligt sind, eingeschränkt werden. Die sogenannten Holding Companies sollen verboten werden. Bei Verletzung dieser Gesetze sollen nicht die Gesellschaften, sondern die Individuen strafbar sein. Daneben solle durch Trustgründung oder Monopolbildung den Geschädigten die Erlangung von Entschädigungen erleichtert werden.

Der Präsident erklärte weiterhin bei der Verlesung der Botschaft im Kongreß, das Produktionsgeschäft müsse vom Transportgeschäft getrennt werden. Er nimmt offenbar damit Bezug, daß die Eisenbahnen, welche an ihren Linien liegende Kohlengruben und Eisengruben besitzen, bisher den unabhängigen Händlern gegenüber einen Vorteil genossen. Die Erklärung des Präsidenten rief lauten Beifall hervor, ebenso wie die andere, daß die Straßen nicht auf das Geschäft als solches, sondern auf die Person fallen sollten, welche die Waren durch das Geschäft in die Hand gegebenen Mittel dazu benutzten, jene Dinge zu tun, die vom Standpunkt des öffentlichen Interesses und des soliden Geschäftsgebahrens verurteilt werden. Wilson wies auch auf die Regulierung der Finanzierung der Eisenbahnen hin, was ebenfalls beifällig aufgenommen wurde.

Von der Balkanhalbinsel

Gefahren für den Frieden

Konstantinopel, 17. Jan. Die unklare Besitzgestaltung der Ägäischen Inseln steht seit dem Ausbruch der Balkanriege im Mittelpunkt erregter Diskussionen. Selbst die Konstantinopler Presse, die sonst die politischen Fragen sehr hoch gehen ließ, verstimmt dagegen. Es hat auch nicht den Anschein, als ob dieses für die asiatische Türkei außerordentlich wichtige Thema sobald von der Tagesordnung abgesetzt würde. Diplomatie und Presse werden, wenn nicht alles irrt, sich mit ihm noch forgenvoll zu beschäftigen. Die türkischen Zeitungen variieren die Inzelle in den verschiedensten Tonarten. Bei ihren Auslassungen kann man feststellen, daß die Erregung in der mohammedanischen Welt über die der Türkei angelegte Behandlung eher zu- als abnimmt. Der Großwesir Enver Pascha hat ihm unverblümt dem englischen Botschafter zur Kenntnis gebracht, als dieser ihm im Auftrag Sir Edward Grey den Befehl der Griechischen Notifikation: „Die Türkei lehnt es ab, eine so ungerechte Entscheidung anzunehmen. Sie wird alles aufbieten, um sich wieder in den Besitz der wichtigsten Inseln zu setzen.“ Schon gestern kurtierte vornehmlich in den Kreisen der griechischen Gesellschaft das Gerücht, die am Goldenen Horn liegende türkische Flotte habe Dampf aufgenommen, um auszuweichen. Große bei Smyrna getroffene militärische Vorbereitungen lassen die Deutung zu, daß tatsächlich ein Handreich auf Attika und Chios sich vorbereitet. Die Griechen bewachen deshalb die dortigen Gewässer sehr aufmerksam mit ihrer Torpedoflotte. Vielleicht entbrennen schon die nächsten Tage die türkischen Pläne.

Der serbisch-bulgarische Grenzstreit

Sofia, 20. Jan. General Belmecaum fällt in dem serbisch-bulgarischen Grenzstreit seinen Schiedspruch, in dem der bulgarische Standpunkt fast vollständig anerkannt wird.

Preussischer Handwerkskammertag

Berlin, 20. Januar.

Der preussische Handwerkskammertag, der aus allen Teilen der preussischen Monarchie besucht war und an dem sich auch Parlamentarier aller bürgerlichen Parteien beteiligten, fand gestern hier statt. Die Leitung der Verhandlungen lag in den Händen des Vorsitzenden der Berliner Handwerkskammer, Obermeister Naabard. Im Auftrage des preussischen Handelsministeriums wohnte Geh. Regierungsrat Groß den Verhandlungen bei.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die gegenwärtige Regierarbeit in Staat und Gemeinden.

Hierzu gab der Syndikus der Handwerkskammer Wiesbaden, Schröder, ein längeres Referat, in welchem er die Schäden der gewerblichen Regierarbeit für das selbständige Handwerk darlegte. An das Referat schloß sich eine ausgiebige Debatte, in der Vertreter aller Handwerkskammern die Mißstände aus ihrem Handwerkskammerbezirk zur Sprache brachten. Vor allem wurde Klage geführt über die Konkurrenz der städtischen Gasanstalten, die sich nicht darauf beschränkten, Gas an die Verbraucher abzugeben und Installationsarbeiten aller Art auszuführen, sondern auch einen schmerzhaften Handel mit Lampen, Beleuchtungskörpern und anderen Dingen trieben.

In einigen Auswüchsen der gewerblichen Regierarbeit wurde eine drohende Gefahr für einen großen Teil der selbständigen Handwerker gesehen. Die Redner brachten zum Ausdruck, daß die preussischen Handwerker nichts einzuwenden haben gegen Regierarbeiten, wo sie im Interesse des Gemeinwohls notwendig sind, aber sie müßten sich mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, wenn die Gemeinden dazu übergingen, einzelne Gewerbe völlig lahm zu legen.

Von dem Syndikus Heinzig-Berlin wurde schließlich darauf verwiesen, daß auf dem letzten Breslauer Städtetag der Posener Oberbürgermeister Dr. Wilms sogar noch einer Ausdehnung der städt. Regierbetriebe das Wort geredet habe, weil die Städte sich dadurch neue Einnahmequellen verschaffen könnten, ohne die Steuerkraft der Bürger in Anspruch zu nehmen. Auch wurde von ihm hervorgehoben, daß von einem höheren volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus betrachtet, einem selbständigen Gewerbetreibenden unbedingt der Vorzug gegeben werden müsse vor unselbständigen städtischen Arbeitern, daß ebenso auch aus diesem Grunde gegen eine Vermehrung des städtischen Arbeiters protestiert werden müsse. Die Debatte endete mit der Annahme folgenden Antrages der Berliner Handwerkskammer:

„Da Regierbetriebe in erster Linie nach Maßgabe des Gemeinwohls zu verwalten sind, darf man von ihnen erwarten, daß sie nicht in gewinnthätiger Absicht Produktionsgebiete des freien Gewerbes an sich reißen und den freien Gewerbetreibenden Konkurrenz machen oder gar deren gewerbliche Existenz ruinieren. Insbesondere darf man von den Kommunen und ihren Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken verlangen, daß sie bei dem Betriebe eines Produktions- oder Installationsgewerbes nicht über den Rahmen der durch gemeinnützige Zwecke des Unternehmens bedingte Produktion und Installation hinausgehen und mit ihren eigenen Feuerzählenden Bürgern bei der Installation privater Beleuchtungs- und Bewässerungsanlagen oder durch den öffentlichen Handel mit dabei benötigten Gegenständen nicht in unangenehmlicher Weise Wettkampf treten. Als besonders verwerflich muß man es bezeichnen, wenn Gemeinden in Widerspruch mit der durch Gesetz für alle Bürger geltenden Gewerbefreiheit, und zumeist in der Absicht, sich selbst die Installationsaufträge ihrer Bürger zu sichern, den selbständigen Handwerkern vor der Zulassung zu Installationsarbeiten Kautelen auferlegen, die sich bisweilen auf viele hundert Mark belaufen. Die preussischen Handwerkskammern bitten den Minister, auf dem Gebiete der gemeinnützigen Regierbetriebe die Aufsichtsbehörden der Gemeinden erneut darauf hinzuweisen, inwieweit die Ausdehnung der Gemeindegewerbe auf die Produktion und Installation und der Handel mit Beleuchtungskörpern gegenüber ihren eigenen Bürgern den Vorschriften der Gewerbefreiheit entspricht und inwie-

weit die Gewerbefreiheit durch die genannten Geldforderungen verletzt wird.“

Der Handwerkskammertag beschäftigte sich dann mit einem Spezialgebiet der Regierarbeit, der

Gefängnisarbeit.

Auch hier wurden zahlreiche Klagen vorgebracht, daß durch die Gefängnisarbeit den selbständigen Handwerkern außer Konkurrenz gemacht würde. Es wurde ausgeführt, daß die Gefangenen natürlich beschäftigt werden müßten, daß aber Mittel und Wege gefunden werden müßten, um die daraus entstehende Konkurrenz für das Handwerk nach Möglichkeit zu verringern. In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, wird an den Justizminister und an den Minister des Innern die Bitte gerichtet, eine statistische Zusammenstellung über die Beschäftigungsweise, über die Werte der Produktion der Gefangenenarbeit und über die Erfahrungen, die man mit den verschiedenen Beschäftigungsweisen gemacht hat, herauszugeben. Ferner wird auch Auskunfts darüber gewünscht, in welchem Umfang motorische Kraft in den Gefangenenwerkstätten verwendet wird, die Anleitung von Gefangenen zu handwerkstüchtigen Arbeiten stattfindet und die Gefangenenanstalten oder die Unternehmer, die durch Gefangene produzierten lassen, sich an Ausschreibungen beteiligen. Schließlich wird darüber Auskunfts erbeten, in welchem Umfang die durch die Wehrpflicht nötig gewordenen Arbeiten und Lieferungen handwerkstüchtiger Art durch die Gefangenenanstalten oder durch Unternehmer, die auch Gefangene für sich arbeiten lassen, besorgt werden sind. An positiven Forderungen sind in der Resolution enthalten, daß das freie Handwerk gegenüber den Gefangenenanstalten in größerem Umfang als bisher an den

Lieferungen für Heer und Marine

beteiligt werden möge. Insbesondere möchte für Gefangenenanstalten die Einrichtung von Handwerkswerkstätten mit motorischer Kraft ausgedehnt und bei der Lohnberechnung für die Gefangenen eine Unterbuchtung der freien Handwerker vermieden werden. Vielmehr müßten die Gefangenenbeiträge aus Handwerkskreisen vor der Vergebung von Gefangenenarbeit an Privatunternehmer gehöret und ihnen auch der gelegentliche Besuch der Gefangenenanstalten gestattet werden.

Ueber das Kommunalabgabengesetz

referierte der Geschäftsführer des deutschen Handwerks- und Gewerkekammertages Dr. Meißner-Sannover, der betonte, daß das Kommunalabgabengesetz für den Handwerkerstand nur wenig Gelegenheit zu kritischer Stellungnahme biete, da der Entwurf nur ganz vereinzelt in die Interessensphäre des Handwerks eingreife. In der Hauptsache betreffe das nur die Gewerbesteuerordnung, die seit 1891 in Geltung sei und den heutigen Bedürfnissen längst nicht mehr Rechnung trage. Der Redner trug hierzu eine Reihe von Wünschen vor.

Endlich wurde Stellung zum preussischen

Wohnungsgesetzentwurf

genommen, der im großen und ganzen zustimmend begrüßt wurde, wenn auch im einzelnen eine genauere Präzisierung vor allem der Paragraphen über die Rechte und Pflichten der Gemeinden und der Grundbesitzer gewünscht wurde.

Soziales

Wo werden die höchsten und niedrigsten Löhne gezahlt?

Eine Zusammenstellung der Ortslöhne wird in jedem Jahre im kaiserlichen Statistischen Amt hergestellt. Als Ortslohn gilt bekanntlich der ortsübliche Tageslohn gewöhnlicher Tagesarbeiter. Die neue Liste vom 1. Januar bringt verschiedene Neuerungen aufgrund der Reichsversicherungsordnung. Unterschieden wird jetzt der Lohn von Tagelöhnern unter 14, 14-16, 16-21 und über 21 Jahren, in jeder Abteilung wieder männlich und weiblich. Die einzelnen Gemeinden sind jetzt nach Oberverversicherungsämtern geordnet. Der höchste Ortslohn gewöhnlicher Tagelöhner im Alter von mehr als 21 Jahren gilt für Wilhelmshagen im Bezirk des Oberverversicherungsamts Vöhrum mit 4,50 Mark, den zweithöchsten Satz hat das städtische Vericherungsamt München mit 4,30 Mark, der Satz von 4 Mark gilt in Berlin, Charlottenburg, Berlin-Wilmersdorf, Neukölln, Berlin-Steglitz, Berlin-Weißensee, ein Teil des Kreises Teltow, Darburg, Walsdorf und Schiffdorf im Landkreis Greßmünde, Lohde, Embden, Buer, Arnsberg, Hohenlimburg, Lüdenscheid, Düsseldorf (Stadt), Duisburg, Remscheid, Solingen, Ludwigshafen, Birmensdorf, Stuttgart und Umgebung, Wangerover, Ahrweiler, Alsdorf und Vöhrum, im ganzen Staat Bremen, sowie in Reg. Der niedrigste Ortslohn erwachsenen Tagelöhners gilt für Königsberg in der Neumark, wo nur 1,60 Mark berechnet wird.

Aus aller Welt

Großer Mangel an Unteroffizieren

Gewählte Leute sind zurzeit beim Militär die Kapitulanzen für das Unteroffizierskorps. Infolge der starken Heeresvermehrung sind mehrere tausend neue Unteroffiziere geschaffen worden, die nun überall Lücken entstehen lassen. Bei allen Truppenteilen wird daher mit allem Nachdruck darauf hingewirkt, daß für ausreichenden Ersatz gesorgt wird. Vielfach werden Gefreite zwecks Einholung des erforderlichen Konfesses auf Sonderurlaub nach Hause geschickt. Bei dem gegenwärtigen Stand unseres Geschäfts- und Erwerbslebens dürften diese Maßnahmen wohl auch von Erfolg gekrönt sein.

Der Weinteller des Vatikans!

In letzter Zeit, schreibt das in Hamm (Westf.) erscheinende „Vaterland“, Zeitung für die Interessen der Entfaltungs- und Bewegung, ging durch eine Anzahl von Blättern folgende Mitteilung:

„Das Ende des Weintellers im Vatikan. Ausföhrungen, zu denen sich vor einiger Zeit die päpstliche Schweizergarde in Rom hinreihen ließ, haben jetzt noch ein Nachspiel von besonderer Art gehabt. Der Weinteller des Vatikans ist auf ausdrücklichen Befehl des Papstes Pius X. aufgehoben worden. Pius X. ist nämlich strenger Abstinenzler, und die Kardinalseiner Umgebung sind, so behauptet man wenigstens, einer nach dem anderen seinem Beispiel gefolgt. Da die Schweizergarde aber hauptsächlich im Zustande mehr oder weniger vorgerückter Trunkenheit ihre Unbotmäßigkeiten beging, vielleicht auch einen heimlichen Zugang zu den Schätzen des vatikanischen Weintellers gefunden hatte, so hat der Papst seinen gesamten Jagd- und Kranken- hauer und Möbeler in Italien vertreiben lassen. Es ist nicht übertrieben, von den Schätzen des nunmehr der Vergangenheit angehörnden vatikanischen Kellers zu sprechen. Er barg in der Tat eine Fülle der besten und edelsten Jahrgänge. Auch der Vorgänger des jetzigen Papstes, Leo XIII., erhielt aus allen Gegenden der Welt, von Monarchen und einfachen Sterblichen, bei vielen Anlässen kostbaren alten Wein zum Geschenk.“

Die ganze Aufmachung trägt das Gepräge des Sensationellen, der Kunde war von vornherein geneigt, in ihr eine moderne Parabel zu vermuten. Aus dem Vatikan selbst ist uns nun zuverlässig mitgeteilt worden, daß von einem Weinteller im Vatikan nicht die Rede sein kann, denn das, was der kleine vatikanische Weinstock und die ansässigen Gärten an Getränken bringen, wird zum täglichen Gebrauch verwendet, oder an Hospitäler usw. verschenkt. Folglich hatten die Schweizer keinen Zutritt zu dem nicht bestehenden Weinteller, und folglich konnte er nicht aufgehoben werden.

Erdbeben

Laibach, 20. Jan. Heute mittags verzeichneten die Instrumente ein katastrophales Erdbeben. Beginn 1 Uhr 12 Minuten, Maximum um 1 Uhr 48 Minuten 37 Sekunden, Ende der Aufzeichnung nach 4 Uhr nachmittags. Die Erdbebenstärke war bei 9000 Kilometer näher als jene vom 12. Januar. Gegen 7 Uhr 47 Minuten abends erfolgte, ausgelöst durch die Ausläufer des Erdbebens, eine Nachbeben-Aufzeichnung. Die Entfernung betrug 500 Kilometer.

Mainz, 19. Jan. Eine Probemobilisierung fand beim Infanterieregiment Nr. 117 statt. Zur völligen Ueberraschung der Offiziere und Mannschaften erklang morgens früh um 7 1/2 Uhr plötzlich auf dem Kasernenhofe das Signal zur Mobilisierung. Als gegen 2 Uhr der Regimentskommandeur erschien, fand das ganze Regiment vollständig marschfertig zum Auszug im Hofe. Eine Kistenarbeit war in 15 Minuten sechs Stunden mit Mittagspause geleistet worden.

Stromberg (Hunsrück), 18. Jan. Gestern 11 1/2 Uhr stießen hier ein Güterzug und ein Personenzug zusammen. Die Verletzungen der Reisenden sind leichter Natur.

Darmstadt, 19. Jan. Etwa 80 Personen der Lungenheilstation Winterhafen verließen die Anstalt, da sie über schlechtes Essen und Behandlung Klage führten.

Koblenz, 20. Jan. Gestern ist hier der Geheim-Oberregierungsrat und Provinzialrat Dr. Freundgen gestorben. Sattlingena. d. R., 20. Jan. Auf der Boche „Rudolf“ brachen bei Bohrarbeiten mächtige Wassermassen aus. Das Wasser ergoß sich in die Straßen, riß Schienen und Schwellen auf, zertrümmte die Stempel und zertrümmerte schwere Steinhauern. Die Befehlshaber konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Der Schaden ist bedeutend.

Sollingen, 20. Jan. In ihrer Wohnung zu Mangendorf hat heute abend die Ehefrau des Fabrikarbeiters Thommen ihren drei Kindern im Alter von vier Monaten, vier und fünf Jahren den Hals durchgeschnitten und sich selbst in der gleichen Weise das Leben zu nehmen versucht. Der Mann fand die Kinder tot auf dem Bett liegen, während die Frau in der Nähe des Hauses tödlich verletzt aufgefunden wurde.

Strasbourg, 20. Jan. General von Deimling hat durch Korpsbefehl seinen Offizieren und Mannschaften verboten, Gastwirtschaften aufzusuchen, in denen französische Zeitungen ausliegen.

Hannover, 20. Jan. Große Aufregung hat in Hannover das Verschwinden der fünfjährigen Tochter Silda des Arbeiters Wihlborn hervorgerufen. Man nimmt an, daß das Kind einem Verbrecher zum Opfer gefallen ist. Der Regierungspräsident hat eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Die Landsgärten in der Nähe Hannovers wurden von 300 Soldaten in Begleitung von Polizeihunden abgesucht, doch ist noch keine Spur von dem Kinde gefunden worden.

München. (Ein fälschlicher Krankenkassenarzt.) Im Streit der Krankenkassen und der Ärzte, der noch immer nicht auf der ganzen Linie beigelegt werden konnte, wird die Tatsache hinsichtlich zur Berichtigung beitragen, daß sich Dr. Ludwig Ferdinand von Wagner in die Liste der Ärzte aufnehmen ließ, die sich den Mitgliedern der Kassen für die freie Arztwahl zur Verfügung stellen. — Der im 55. Lebensjahre stehende Prinz ist ein Sohn des verstorbenen Prinzregenten Luitpold. Der Prinz, der gleichzeitig bayerischer General der Kavallerie, Chef des 3. schlesischen Dragoner-Regiments und Ehreninspektor des spanischen Militär-Sanitätskorps ist, wurde zum medizinischen Studium angeregt, durch seinen Verwandten, den berühmten im Jahre 1902 verstorbenen Augenarzt Herzog Karl Theodor von Bayern.

Berlin, 19. Jan. (Neuere Hundesleichen.) Am Neujahrstage wurden einem Schankwirt aus der Beusselstraße von einem Knecht seine beiden Neufundländer Hunde, hübsche Tiere, die je einen Wert von etwa 500 Mark haben, entführt. Der dem Wirt unbekante Gast hatte die Hunde an sich gelockt und war mit ihnen davongegangen. Trotz der eifrigen Nachforschungen der Kriminalpolizei wollte es zuerst nicht gelingen, den Verbleib der Hunde ausfindig zu machen. Erst gestern gelang es ihr, eins der Tiere dem Bestohlenen wieder zuzuführen. Der andere Hund war bereits geschlachtet worden. Da er ungefähr einen Wert von 200 Mark hatte, so stellt sich das Hundesleichen auf 5 Mark. Dem Hundesleichen hat man dies jedoch nicht so teuer zu stehen, denn er hatte dem Dieb für das Tier, das regulär 500 Mark wert war, bare 5 Mark gegeben. Der Dieb wurde in der Person eines Arbeiters durchs ermittelt und hinter Schloß und Riegel gesperrt.

Sandberg a. d. Warthe, 18. Jan. Vergangene Nacht wurde ein Einbruch in die hiesige katholische Kirche verübt. Sämtliche goldene und silberne Geräte und ein Opferkasten wurden gestohlen. Die Diebstahlsgegenstände liegen bedeckt am Boden. Der Täter ist entkommen.

Büsch, 20. Jan. In Binningen bei Basel geriet ein mit fünf Knaben besetzter Schlitten unter ein Automobil. Vier Knaben wurden von dem Kraftwagen überfahren und mußten in schwerem verletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden.

Paris, 20. Jan. Der „Express“ veröffentlicht eine interessante Statistik, nach der die Pariser Große Oper für die ersten „Parfä“ Aufführungen nicht weniger als 222 876 Franken eingenommen hat. Damit hat „Parfä“ den Rekord für alle Einnahmestellen bei Opern in Paris bei weitem geschlagen.

Paris, 19. Jan. Wie aus Cette gemeldet wird, hat sich dort Samstagabend ein schweres Schiffsunglück ereignet. Die kleine Dampfschiff „Marguerite-Marie“, auf der sich 15 Mann Befahrung befanden, scheiterte in einem furchtbaren Schneesturm. Die Rettungsboote wurden teilweise über Bord gewälzt. Die dracklosen Hilferufe des Dampfers wurden von keinem Schiff aufgenommen. Der Kapitän beschloß im Augenblick der höchsten Not, die Befahrung in ein schließlich noch übrig gebliebenes Rettungsboot steigen zu lassen und auf diese Weise zu versuchen, die Küste zu erreichen. Infolge des hohen Wellenganges schlug das Boot um, neun Personen ertranken. Die übrigen sechs mußten sich mehrere Stunden lang in dem eifrigen Wasser an dem Boot festklammern, bis zufällig ein schwedischer Dampfer vorüberkam, der die Schiffbrüchigen aufnahm.

Die Ragenpfote

Roman von H. M. Croker.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Alvin Bischoff.

13. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Hochmütig sah ich ihn an. Sollte er es wagen, unter diesen ersten Umständen mit mir zu scherzen? Endlich sagte ich: „Bitte, lachen Sie nicht mit Gewalt. Schwierigkeiten hervor, da es nun doch einmal mein Wunsch ist, mich möglichst zu machen. Ich bin fröhlich und habe den besten Willen. Während der letzten Monate habe ich häufig meine Freundin, Mrs. Evans, gepflegt; die Wahrscheinlichkeit für mich sprechen.“

„Das kann Sie jetzt nicht einmal für sich selbst. Es ist ein erster Fall. Wenn Sie eine Geldauflage hinter den Ohren entdecken, so ist das kein schlechtes Zeichen.“

„Und was für Mittel werden Sie an?“

„Freie Luft, gute Nahrung, warme Umschlüge und sorgfältige Pflege. Mehr können wir nicht tun. Die Eingeborenen freilich glauben die Krankheit mit natürlichen Prozessen oder einem wütenden Mitter auf einem Hügel zu besiegen. . . . Doch hier kommt endlich die Tragödie“, fügte er hinzu, als wir ein Licht sahen und gedämpfte Stimmen in der Nähe vernahmen.

Nachdem die Männer dann mit ihrer Last in der Dunkelheit verschwinden waren, wandte sich Mr. Thorold wieder zu mir. „Das Lager ist zwei Meilen von hier entfernt. Können Sie so weit zu Fuß gehen, oder wollen Sie sich auf mein Pferd setzen? Es ist ganz sicher.“

„Nein, ich danke; ich kann gut gehen“, antwortete ich kurz. „Was Ihr Gepäck anbelangt“, fuhr Mr. Thorold sich umschauend fort, „so werde ich die kleineren Stücke nachher holen lassen. Die großen Koffer können zurückbleiben: sie stehen hier vollständig sicher, da niemand dieses Haus betritt, seitdem der letzte Hausverwalter gestorben ist. Kommen Sie jetzt, bitte.“

Und indem er mit der einen Hand sein Pferd führte und mit der anderen die Laterne trug, machten wir uns, den Krankenträger folgend, auf den Weg.

Es sah aus, als gingen wir in einem Reizenzuge. Der Mond schien nicht, dagegen war der violette Himmel mit Sternen

London, 20. Jan. (Denkare Luftschiffe für die englische Flotte.) Die englische Admiralität beschloß, drei denkare Luftschiffe nach dem System des Mailänder Ingenieurs Forlanini in England zu erbauen.

London, 19. Jan. (Ein neuer Streich der Stimmrechtskurien.) In Edinburgh hielt der Staatssekretär für Schottland, Mac Kenna Wood, bei Eröffnung einer Schule eine Rede. Plötzlich warf eine Suffragette einen Beutel mit Mehl nach ihm mit den Worten: Das ist für die Hölzer der Frauenrechtlerinnen. Der Staatssekretär war über und über mit Mehl bedeckt. Die Suffragette wurde von dem erbosten Publikum unanfechtbar ins Freie befördert.

Leven (Hilshire), 20. Jan. Heute früh brach auf dem deutschen Dampfer „Berns“ aus Hensburg Feuer aus, während das Schiff Kohlen einnahm. Es waren zurzeit bereits 1200 Tonnen Kohlen an Bord. Alle Bemühungen, das Feuer zu löschen, waren vergebens. Es wird befürchtet, daß das Schiff unter Wasser gesetzt werden muß.

New York, 20. Jan. In Oklahoma verübten drei Justizhändler einen sensationellen Ausbruch. Sie erschossen drei Aufseher sowie einen Richter und betraubeten drei Personen. Sie wurden alle festgenommen.

Totio, 20. Jan. 300 Flüchtlinge wurden bei Ragoschia durch einen infolge des Sebens entzündeten Erdbeuf in eine tiefe Schlucht verschüttet. Etwa 100 konnten noch lebend ausgegraben werden. Der Saurashimavulkan ist noch immer in Tätigkeit.

Volkswirtschaftliches

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Neujahrsbriefe

Man mag sich zunächst zu der alljährlichen Sitte der Neujahrsbriefschreibung fragen, wie man will, ihren volkswirtschaftlichen Nutzen auch der Gegner anerkennen. Während es auf der ganzen Welt nur wenige Menschen geben wird, welche die ihnen von Staat oder Gemeinde auferlegten Steuern und Abgaben gerne und mit Freuden zahlen, ist es geradezu eine Lust, zu sehen, wofür reiche Gaben alljährlich dieser Neujahrsbriefe von arm und reich an freien Städten zum Opfer gebracht werden. Die sogenannten Neujahrsbrief-Entschuldigungen haben nicht vermocht, hierin eine merkwürdige Aenderung herbeizuführen. Ein Versuch, die Ausgaben des gesamten deutschen Volkes für die Neujahrsbriefe zu berechnen, hat zu dem nachfolgenden Ergebnis geführt, das im ganzen vielleicht ein wenig zu hoch oder zu niedrig gegriffen sein mag, weil die Neujahrsbriefe nicht an allen Orten und in allen Volkskreisen gleichmäßig gepflegt wird. Immerhin aber wird das Ergebnis der Wirklichkeit ziemlich nahe kommen. Auf die gesamte Bevölkerung umgerechnet, hat am 1. Januar 1914 jeder Einwohner des deutschen Reiches 4 Neujahrsbriefe abgeschickt, das sind zusammen 70 Millionen $\times$ 4 = 280 Millionen Briefe. Hierfür wurden bezahlt: a) dem Papierhändler oder Buchbinder usw. für die Karten selbst im Durchschnitt pro Stück, niedrig gerechnet, 5 Pfg., sind zusammen 280 Millionen $\times$ 5 Pfg. = 14 Millionen M.; b) der Post für die Beförderung der Karten: 3 Pfg. pro Stück für ungefähr 240 Millionen Briefschaften, macht zusammen 7,2 Millionen M.; 5 Pfg. pro Stück für ungefähr 40 Millionen offene Karten, macht zusammen 2,0 Millionen M. Hierzu kommen noch die eigentlichen Neujahrsbriefe derjenigen Leute, welche gegenüber ihrer alten Tante oder ihrem vernachlässigten Vetter, denen sie doch wenigstens einmal im Jahre ein Lebenszeichen geben sollten, ein Briefchen tun, indem sie den Neujahrswunsch in der Form eines wirklichen Briefes zum Ausdruck bringen und dafür 10 Pfg. dranhängen. Auf 100 Einwohner fallen etwa 10 solcher „Einjährig-Freiwilligen“, das ergibt für die Post 7 Millionen Briefe zu 10 Pfennig = 0,7 Millionen Mark. Somit hängen der Papierindustrie am 1. Januar alljährlich insgesamt rund 15 Millionen Mark, der Post rund 10 Millionen Mark zu. Die letztere Summe wird von der Post in der kurzen Zeit von etwa 5 Tagen verdient und kann von ihr zum größten Teil als Reingewinn gebacht werden, da der Neujahrsdienst ohne eine nennenswerte Personalvermehrung bewältigt wird. Für die Neujahrsbriefe zählt also das deutsche Volk jedes Jahr die hübsche Summe von 25 Millionen Mark. Es ist nur schade, daß dieses finanzielle Ereignis nicht häufiger gefeiert werden kann, vielleicht könnte dann die eine oder andere Steuer abgeschafft werden. Man wählt sich zwar neuerdings aus „Gründliche Ökonomie“ und „Fröhliche Pflanz“, eine größere Bedeutung im vorliegenden Sinne hat diese Sitte aber vorerst noch nicht erlangt.

Berichtsaal

Kölner Polizei-Prozess

Köln, 20. Jan. Der Kölner Polizeiprozess hat eine Woche lang die dritte Kölner Strafkammer beschäftigt. Die Anklage richtete sich gegen den verantwortlichen Redakteur der sozialdemokratischen „Reinischen Zeitung“ in Köln, Solmann, und baute sich auf folgenden Tatbestand auf: Im Herbst 1913 schwebte ein Strafverfahren gegen den Kriminalkommissar Hannemann u. a. wegen Annahme von Geldgeschenken. In den Verhandlungen, die übrigens mit Freisprechung des Angeklagten endeten, behauptete Hannemann und seine Verteidiger, es sei in Köln üblich, daß die Kommissäre Belohnungen, die von Bürgern als Anerkennung gegebener Pflichterfüllung gegeben würden, begehnten und nach eigenem Ermessen unter die Beamten des Kommissariats verteilten. Auf Grund dieser Aussage erschien in der „Reinischen Zeitung“ eine Reihe von Artikeln unter der Ueberschrift „Belohnung“ (tatsächl. Trinksch.). In diesen Artikeln war u. a. von einem „Anbegrüßten“ gesprochen, der von der Kölner Polizei ausgehe, und behauptet worden, die Kölner Polizei nehme Geschenke an, und der überführt, „Mein Stern ist jedenfalls jetzt nicht im Steigen“, sagte ich zu mir selbst, als ich vom funkelnden Firmament auf den rauhen Pfad niederbuckelte. Da bestand ich mich nun in der Gesellschaft gerade des Mannes, dem ich vor allen anderen aus dem Wege zu gehen wünschte, und folgte ihm in Ermangelung eines andern Obdaches nach einem Besizer!

Hin und wieder nur unterbrochen mein Begleiter unser Schweigen durch eine kurze Bemerkung oder Frage.

„Es ist ein unangenehmes Gehen hier im Dunkeln, und wie unendlich wird Ihnen erst dort alles erscheinen“, sagte er, auf die jetzt auftauchenden dunkeln Umrisse niedriger Dächlein deutend.

„Mrs. Emanuel, die Frauendirektorin, wird sich Ihrer annehmen, auch können Sie die Wahlzeiten zusammen einnehmen. Sie ist eine Kuratlerin, denn ihre Mutter war eine Jüdin. Das wird Ihnen vollständig nicht unangenehm sein?“

„Nicht im geringsten.“

„Sie ist eine lange, gewandte Frau. Da sie jedoch von kleiner und unscheinbarer Gestalt ist, so hat sie wenig Autorität über ihre Untergebenen, während diese an einer Engländerin stets entzünden. Sie werden also die Autorität, jene die Erfahrung für sich haben. Sie müssen eben sehen, wie Sie sich am besten miteinander zurechtfinden.“

„Ich werde mein Möglichstes tun. Ist Sie der einzige Arzt in diesem großen Lager?“

„Nein, Herr Thorold, in diesem Lager sind nämlich, daß es die Ausdehnung einer Stadt hatte. Lichter schimmerten. Stimmen wurden laut, und die Luft war vom Geruch scharfer Desinfektionsmittel erfüllt.“

„O nein, wir haben einen vorzüglichen indischen Arzt, der jedoch die Frauenabteilung nicht zu betreten mag; überdies hat er ohnehin schon alle Hände voll zu tun. Dagegen ist bei den Frauen ein Apotheker namens Erasmus, der dort die Ordnung aufrecht erhält. Sehen Sie, dort, wo die Tragbahre niedergelegt wird, ist sein Reich. Wenn es nach meinem Willen gegangen wäre und ich wenigstens ein Paar dicke Ohren und einen elenden Karren hätte austreiben können, so würde Ihr Fuß Pellagode niemals betreten haben.“

Mittlerweile waren wir vor eine offene Tür gekommen, aus der ein Lichtstrahl fiel und aus deren Schwelle ein wohlbeleibter, graubärtiger Kuratier in Mäde und Hemdmägen stand. Er war augenscheinlich bei seiner Mahlzeit gestört worden, denn mit noch vollem Munde schrie er in erregtem Tone heraus: „Ist die Krankenschwester aus Bombay gekommen?“

„Nein, Erasmus, es ist eine freiwillige Pflegerin“, antwortete mein Führer. „Ihre Mäde ist oben im Postungsbau erkrankt — dort wird sie eben gebracht“, fügte er, auf die Trag-

Polizeipräsident billigte dieses System. Daraufhin stellte Polizeipräsident von Wegmann Befehlsgelasse gegen den verantwortlichen Redakteur der „Reinischen Zeitung“, indem er den Vorbesitz zum Beweis aufstellte, daß die Dienstvorschrift, wonach alle Belohnungen und Geschenke nicht an den einzelnen Beamten, sondern an die Polizeikasse zu gehen haben, streng gehandhabt worden sei. Was nur im Lauf der Zeigenvernehmungen — es waren über 100 Zeugen aus allen Kreisen der Einwohnergesellschaft geladen — unter dem Druck des Eides an Tageslicht kam, ist allerdings damit geeignet, nicht geringes Kopfschütteln zu verursachen; daß eine ganze Anzahl Zeugen von dem Recht der Zeugniserweiterung Gebrauch machte, vertieft noch den unangenehmen Eindruck. Es wurde u. a. von regelrechten „Konfessionsabteilungen“ erzählt; für die Vermittlung von Wirtschaftskonfessionen seien bis zu 1000 Mark und mehr den zuständigen Polizeibeamten mittelbar und unmittelbar zugesandt worden. Opulente Frühstückstische, vielfach mit eingeleiteten Reichhaltigkeiten, Kissen mit Zigarren für den Herrn Gemahl und andere geschätzte Präsente seien den Gattinnen der als Zeugen vernommenen Beamten zugesandt worden, unter denen besonders einige Polizeihauptleute stark belästet wurden. Schwere Sühnen mit Best hüttem Bandidieren der Weinsteigen, wobei die Nichtbeamten die Kosten bezahlt hätten, waren Gegenstand der „Entschuldigungen“. Schwerwiegende und belanglose Bemerkungen von der Wirtschaftserhaltung aus den letzten Wochen wie von vor zehn Jahren wurden ausgedacht; viele Worte und Zeugenbelästigungen um das Hare Ja oder Nein herum, Verdächtigungen über Vorgänge, deren wahrer Sachverhalt nur durch schon Verhörte aufgeklärt werden konnte. In seinem Bestreben, jeden Schein eines Vertuschungsverhältnisses zu vermeiden, ging der Gerichtsherr in der Befragung von Einzelheiten oft so weit, daß man sich fragen mußte: wozu müht es? Es mag im Interesse des guten Namens der Kölner Polizei zu begrüßen sein, daß das Gericht in jeden Winkel hineinschaut, um die in der Einwohnergesellschaft hochgehenden Wogen der Erregung zu beschwichtigen. Und der Erfolg war, daß der Wahrheitsbeweis des Angeklagten, als die Beweisaufnahme geschlossen wurde, nur mehr ein Gerippe war, daß die mit großem Lärm angekündigten „Entschuldigungen“ nur einige allerdings sehr verwerfliche Fälle, nicht aber ein System, bloßlegten, von dem ein Lutergeruch ausgehe. Aus diesen Ermahnungen heraus beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 500 Mark. Wenn er auch dem Redakteur den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) abbilligte — und das ist ein demerksenswertes Jugendurteil, das hier vonseiten der Justiz gegenüber den Aufgaben der Presse gemacht wurde — so sei doch der Angeklagte zu bestrafen wegen Verletzung des Polizeipräsidenten v. Wegmann und der Staatsanwaltschaft. Im übrigen werde gegen die belästigten Beamten ein Verbrechen eingeleitet werden. Die Verteidiger des Angeklagten, Dr. Kern und Reichsadvokat Wolfgang Reine, plädierten auf Freisprechung, indem sie den Wahrheitsbeweis als erbracht hinstellten. Die Staatsanwaltschaft und den Polizeipräsidenten persönlich habe Solmann nicht beleidigen wollen, was dieser auch in einer Ehrenerklärung zum Ausdruck brachte. Das Urteil entsprach dem Antrage des Staatsanwalts.

Von Lahn und Westerwald

Diez, 19. Jan. Beim hiesigen Bataillon (1. 160) ist der Musikleiter Hnd. Friedrich Schmidt, geboren in Rimbth in Westfalen, befeuert. Er kleidete sich auf einer Wiese in der Nähe der Kaserne um. Seine Uniform fand man dort.

Weilburg, 19. Jan. Zum Vorsitzenden der Allgemeinen Krankenkasse Weilburg wurde Hofschornseinfegermeister Berez gewählt.

i. Gundsangen, 20. Jan. Herr Bürgermeister Peter Trieb ist zum Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Gundsangen, bestehend aus den Gemeinden Gundsangen, Oberbach, Oberhausen, Pilschbach, Steinekreuz und Werth ernannt worden.

Vom Main und Taunus

h. Bietstadt, 20. Jan. Die hiesigen Biege besitzen beschlossen, einen Biegeplüschverein zu gründen. — Herr Steinhauermeister Wilhelm Frechenhäuser verkaufte sein neuerbautes Wohnhaus, Hermannstraße 3, an eine auswärtige alleinstehende Dame zum Preise von 17 000 Mark. — Der Gemeinderat bewilligte dem Vogel- und Geflügelzüchterverein zur Anschaffung von Mistkästen die Summe von 40 Mark.

gg. Dattersheim, 20. Jan. Am 1. Februar wird der Gesangsverein „Concordia“ zum Besten der kath. Schwestern ein Konzert im Saale zum „Frankfurter Hof“ veranstalten. Zum Vortrage kommen nur erstklassige Chöre und gut ausgewählte Solosänger. Der gute Zweck und der billige Eintrittspreis von 30 Pfg. lassen einen starken Besuch erhoffen.

h. Falkenstein, 20. Jan. Auf dem Wege nach Cronberg wurde Lehrer Reinhardt von einem Rodelfahrer umgerannt. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und wurde in bewußtlosen Zustande seiner Wohnung zugeführt. Die rücksichtslosen Rodler entkommen unerkannt.

h. Frankfurt a. M., 20. Jan. Der ehemalige Arzt Weisbrod, der kürzlich wegen schwerer Körperverletzung und Kupplerei verhaftet wurde, mußte heute der Irrenanstalt zugeführt werden.

iv. Frankfurt a. M., 20. Jan. Wie jetzt bekannt wird, haben die Geschworenen im Hofprozeß auf die ganze Dauer des Prozesses auf ihre Tüsten zugunsten von Hof's brüder Frau verzichtet, die in sehr ungünstigen Verhältnissen lebt und deren Gesundheit durch die Arsenfärbung gebrochen ist.

balte zeigend, hinzu. „Miß Berars aber hat sich erhoben, bei der Pflge der Frauen und Kinder zu helfen.“

„Oh, hm“. Was ganz von seiner Enttäuschung erfüllt, mußerte er mich so mißtraulich, daß ich meines ganzen Rates bedurte, um seinen scharfen Widen standzuhalten. „Haben Sie Erfahrung?“ fragte er barisch.

„Nein, aber den besten Willen.“

„Verschiedene Leute wünschen Sie zu sprechen, Mr. Thorold“, fuhr Erasmus fort. „Lauter dringende Angelegenheiten.“

„Gut, gut, dann überlasse ich diese Dame also jetzt Ihrer Obhut. Sie muß sofort gerührt werden und etwas zu essen bekommen. Bitten Sie Mrs. Emanuel, daß sie sich ihrer annimmt. Gute Nacht, Miß Berars. Ihre Sachen werde ich sogleich hieherbringen lassen.“

„Damit zog Mr. Thorold die Mäde und eilte hinweg.“

Erasmus beschäftigte sich nicht nur damit, Arancien in seiner kleinen Apotheke zu bereiten, sondern er herrschte auch mit unumwundener Gewalt und eisernem Joch über die Frauenabteilung des Lazarets. Er erließ Befehle und Befehle, schaute seine Gefassen an und strakte jeden Ungehorsam, jede Nachlässigkeit und Verschämung mit unerbittlicher Strenge. Dabei war er ein großer, kerngesunder Mann von ungeheurer Körverkraft. Täglich machte er mehrmals seine Rundgänge durch die Krankenstuben, schaute den Patienten den Puls und besichtigte die Zungen, wobei er Drohungen oder Ermahnungen, Ratschläge oder Ermahnungen ausstieß, und ich bin fest überzeugt, daß manche Patientinnen allein nur aus zitternder Furcht vor Erasmus am Leben geblieben sind. Erlaubte er doch keiner von ihnen, sich der Todesangst zu überlassen, und schon der Ton seiner Stimme rüttelte sie aus ihrer gefahrvollen Schlaftracht auf.

Sein Personal an Pflegerinnen, das zumteil der niederen Klasse angehörte und müde und überarbeitet war, erwies sich vollends ganz als weiches Wachs in seiner Hand. Da war vor allem Mrs. Emanuel, die doch seine Vorgesehte war, die er aber aus schamlosem Unterdrückte und mit der größten Mißachtung behandelte. Ferner waren noch vier indische Berufspflegerinnen mit ihren Gefassinnen da, doch genügten diese bei weitem nicht für die große Zahl der noch täglich neu eingehenden Kranken. Kein Wunder also, daß der Apotheker sich sofort nach Mr. Thorold's Abgang mit einer wahren Not meiner bemächtigte.

Zuerst führte er mich in sein Allerheiligstes und ließ mich an seinem Abendessen teilnehmen, das aus scharfgewürzten, in Fleischbrühe gekochtem Reis und vorzüglich duftendem Kaffee bestand, für den ich ihm von Herzen dankbar war. Nachdem wir

Vom Rhein

Rheingauer Winzerversammlungen

e. Aus dem Rheingau, 20. Januar.

Die letzten abgehaltenen Rheingauer Winzerversammlungen bekommen in der freilebigen — freihändlerischen — „Deutschen Weinzeitung“ (Mainz) eine schlechte Note. Der Mainzer Redaktion geht es gewaltig gegen den Strich, daß sich die Rheingauer Winzer gegen jede Veränderung des Weingesetzes (insbesondere § 3) und für eine Erhöhung der Zollsätze (für ausländische Trauben, Moste und Wein) ausgesprochen haben, sie bezeichnet die Beschlüsse als „unbegreiflich“. Dies hat nun weiter nichts zu bedeuten, denn man weiß ja, welchen Interessen die „Deutsche Weinzeitung“ dient — Winzerinteressen sind es nicht. Wir würden uns auch mit der D. W. Ztg. nicht weiter darüber beschäftigen, wenn diese in ihren Spalten nicht einigen Unrichtigkeiten Unterhalspud gewährt hätte. Daß Herr Reichs- und Landtagsabg. Geh. Kommerzienrat Bartling nicht der Einberufener der Winzerversammlungen war, hat die D. W. Ztg. schon selbst richtig stellen müssen. Falls es ist auch, wenn die D. W. Ztg. nun behauptet: die Versammlungen wären das Werk der Zentrumspartei.

Weber die Rheingauer Zentrumspartei noch ihr Vorstand hatten mit den Versammlungen etwas zu tun. Unrichtig ist ferner die Behauptung: die Resolutionen habe man vor der Diskussion annehmen lassen. Nein, die Diskussionen waren recht lebhaft und führten sowohl in Elville wie in Lorch zu kleinen Abänderungen derselben. Wenn weiter behauptet wird: Gegenredner hätten in der Diskussion auf das Wort verzichten müssen, so ist das ebenfalls unrichtig.

*

o. Schierstein, 20. Jan. In der gestrigen Gemeindevertretung wurde zum 1. April die Anstellung einer 2. technischen Lehrerin beschlossen, da von diesem Termin ab an der hiesigen Schule mindestens 13 Handarbeitsklassen mit 26 Arbeitsstunden pro Woche gebildet werden; außerdem erfordert das Mädchenturnen 27 Wochenstunden. — Die Brennholzversteigerung brachte einen Erlös von 2737 M. und wurde genehmigt. — Die Arbeiten zur Kanalisierung der Dohdeimer Straße wurden Eduard Wehnert zum Preise von 3756 M. übertragen. Drei Angebote waren eingegangen. — Der Geflügelzuchtverein war aus Unfug seiner 9. Allgemeinen Geflügel-Ausstellung mit der Witte um Stistung eines Ehrenpreises vorstellig geworden; 20 M. wurden dem Verein bewilligt. — Nach einer durch die Prüfungskommission vorgenommenen Prüfung der Gemeinberechnung für 1912 erfolgte die Freilegung der Rechnung auf eine Einnahme von 234 032,74 M., Ausgabe von 233 548,19 M., mit einem Überschuss von 484,55 M. — Infolge des Inkrafttretens des 2. Buches der Reichsversicherungsordnung unterliegen vom 1. Januar 1914 ab auch die in öffentlichen Volksschulen tätigen Lehrpersonen der Versicherungspflicht, soweit ihr Einkommen den Betrag von 2500 M. nicht übersteigt. Eine Befreiung tritt nur dann ein, wenn durch Beschluß der Gemeindevertretung im Krankheitsfall ein Anspruch auf Krankengeld oder Gehalt in anderthalbfachem Betrage des Krankengeldes auf die Dauer von 26 Wochen zugesichert ist. Ein dementsprechender Beschluß wurde gefaßt. — Dem Former Friedrich Haibach, hier, wurde aus Anlaß seiner 40jährigen Dienstleistung auf der „Rheinflotte“ das Allgemeine Ehrenzeichen aus Bronze verliehen.

i. Geisenheim, 20. Jan. Das Gehalt des Bürgermeisters wurde neu geregelt und wie folgt festgesetzt: für das 1.—3. Jahr 4500 Mark; für das 4.—6. Jahr 5000 Mark; für das 7.—9. Jahr 5500 Mark und für das 10.—12. Jahr 6000 Mark. Die hiesige Bürgermeisterversammlung soll zur Besetzung neu ausgeschieden werden.

i. Rüdesheim, 21. Jan. Wie alljährlich, kommen in diesem Monat durch die Gemeinde folgende Legate, zu welchen die Gesuche um Zuvendigung bis zum 26. Januar eingereicht sein müssen, zur Vergebung: 1. das Reichsische Legat zur Verleihung zweier Kommandantenkreuze, 2. das Reichsmann'sche Legat zur Unterföhrung von Angehörigen der Reichsmann'schen Nachkommenchaft, 3. das Schlieffmann'sche Legat zur Ausföhrung eines armen, unbescholtenen Mädchens, 4. das Sald'sche Legat zur Erlernung eines Handwerks und 5. das Karl Klein'sche Legat zur Unterföhrung eines hiesigen hilfsbedürftigen Einwohnens, dem ein Kind gefallen ist.

i. Camb, 20. Jan. Der hiesige Winzerverein veröffentlicht folgende Bilanz für das Geschäftsjahr 1912/13: Aktiva: Kassenbestand 353 Mark; Ausstände 579 Mark; Kapitalien 157 Mark; Wert der noch lagernden Weine 2480 Mark; Inventar 300 Mark; Summa: 3869 Mark. Passiva: Anleihen 2470 Mark. Vereinsvermögen: 1399 Mark. Mitgliederzahl: 15.

Ostervai, 20. Jan. Seit voriger Woche wird der Maschinenbau-Müller von Lahnstein vermisst. Derselbe war auf einem unterhalb Ostervai liegenden Bagger der Firma Hellbach aus Ostervai beschäftigt. Der Vermisste hatte gegen Abend noch Einkäufe besorgt und ist seitdem nicht mehr gesehen worden. Vermutlich ist er bei der Rückkehr in der Dunkelheit auf dem Laufbord des Bootes ausgeglitten, in den Rhein gestürzt und ertrunken.

* Vom Rhein, 20. Jan. (Von der Deutschen Turnerschaft. Mitteilungsblatt.) Vom geschäftsföhrenden Ausschuss des Mittelrheinischen Turnkreises sind in der Sitzung vom Sonntag, den 11. Januar folgende Termine für turnerische Veranstaltungen im laufenden Jahre festgelegt worden: Am 21. und 22. März: Kreisturntag in Bingen; 25. und 26. April: Frühjahrs-Gauturnwartungs-Versammlung in Schierstein; 19. und 20. September:

unter feierlichem Schwoigen unser Wahl angenommen hatten, mußte ich ihm dann eilig ins Operationszimmer folgen, wo er mich mit einem scharfen, einer Stopfnadel ähnlichen Instrument impfte, das er mit föhligem Vergnügen in das zuckende Fleisch meines Armes steckte. Hierauf erteilte er mit lauter Stimme in einer mir fremden Sprache einen Befehl, und nach kurzer Zeit erschien in atemloser Hast eine kleine Frau in grauem Kleide und unterwürflicher Haltung unter der Türe.

Mrs. Rammel, hier ist eine Probeföhrerin für Sie, verständigte Erasmus mit der Haltung eines Herrschers, der einem Sklaven eine Gnade erweist.

Mrs. Rammel war von tiefdunkler Farbe. Ihr schwarzes Haar trug sie glatt aus der hohen Stirn zurückgeföhmmt, und aus dem flugen, aber häßlichen Gesicht funkelten die kleinen, runden Augen wie zwei schwarze Saubindvögel. Einen Augenblick sah sie mich flammend an und blickte auf meinen modernen Hut, meinen feidenen Staubmantel und meine häßlichen braunen Schuhe.

— Befandst du deiner Hochzeitsaussteuer.

„Ja, ja, nicht wahr“, fuhr Erasmus fort, „sie sieht nicht aus wie eine vielversprechende Krankenpflegerin. Ihre Nase ist an der Nase erkrankt, und Mr. Thorold brachte sie selbst vom Postkutschwagen herüber. Morgen können Sie sich Herrars in Parade vier unterbringen. Zählen Sie jetzt in die Zimmer.

„Zuvohl, Mr. Erasmus! ... Gewiß, Mr. Erasmus! Aber in was für ein Zimmer?“ fragte die Doktorin schüchtern.

„Nun, in Mrs. Smiths Stube, natürlich; eine andere gibt es ja nicht. Und sollte ihr die nicht behagen —“ (er warf mir einen scharfen Blick zu) — „so bleibt ihr ja immer wieder der Postkutschwagen ... Morgen früh, Punkt acht Uhr, haben Sie sich bei mir zu melden, dann werde ich Sie mit Ihren Pflichten bekannt machen ... Ihr Abendessen hat sie bereits gehabt, Mrs. Rammel.“

Noch eine höfliche Handbewegung, und wir waren beide entlassen und standen im nächsten Augenblick draußen in der milden, dunklen Nacht.

„Haben Sie in Ihrem Leben schon ein solches Ungeheuer gesehen?“ rief meine Begleiterin jetzt, während sie mich zwischen zwei Reihen niedriger Baraden hinföhrte.

„Er hat allerdings eine ansehnliche Größe.“

„Ja, und fett ist er wie ein Mastschwein; allein ich meine seine Manieren!“

„Ach so; aber scheint, er hat überhaupt keine.“

„Ja, da haben Sie recht, und nach seinen Manieren könnte man annehmen, er sei der Arzt und ich der Apotheker.“

„Das hätte ich allerdings gedacht.“



Herbst-Gauturnwartungs-Versammlung in Koblenz, am 18. Oktober: Präzedenzfall in Herborn. Im Juli ist ein Kreisspielfest, verbunden mit Wettkämpfen in den leichtathletischen Übungen (vollständigen Übungen) vorgesehen, desgleichen ein großes Kriegsspiel am 24. Mai.

Regierungsmahnahmen zur Vinderung der Winzernot

Karlsruhe, 19. Januar.

Sehen ist der Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1914/15 erschienen, welcher zur Vinderung der Notlage im Rebbau 173 000 Mark für beide Jahre vorsieht. Die Gesamtsumme beläuft sich auf 200 000 Mark. Die Anforderung von 130 000 Mark als Beihilfen an Gemeinden soll dazu dienen, die Anlage von Wegen im Rebbau zu unterstützen. Auch ist beabsichtigt, aus diesen Mitteln Beihilfen zu gewähren in Fällen, wo mehrere Besitzer zu einer planmäßigen Umwandlung von geringwertigen Rebbauflächen streben wollen, so daß größere Flächen gleichzeitig einer anderen Kultur zugeführt werden. — Die Mehrforderung von 7000 Mark jährlich soll dazu verwendet werden, durch staatliche Rebbauanlagen und Versuchsanstalten vorbildliche Muster für die Winzer zu schaffen; ferner soll sie die Erweiterung der Anbauversuche mit Ackerbaupflanzen und der Rebbaufrümdung ermöglichen. Der Beitrag von 173 000 Mark dient für Beihilfen zum Bezug von Kupfervitriol und Schwefel und von Nitrat (160 000 Mark) und für Beihilfen an durch die Föhrerbedürfnisse besonders hart betroffene Winzergemeinden zum Ersatz von Unlagenausfall, zur Bekämpfung des geföhrdeten Armenaufwandes und zu sonstigen Gemeindeaufgaben. Bei der Verteilung dieser Beihilfen sollen Gemeinden, in welchen der Weinbau keine Rolle spielt, ausgeschlossen bleiben, ebenso größere Grundbesitzer und sonst wohlhabende Weinbauversöhrer. Im Verein mit den hier angeforderten Geldmitteln soll eine Reihe weiterer Maßnahmen dazu dienen, den Winzern das Abwarten besserer Zeiten zu erleichtern und sie in der Handhabung des Rebbaus selbst zu fördern. Um die Verbände in den Stand zu setzen, den Besiegern der Befähigungsmittel deren Bezahlung bis nach der zu erhoffenden Ernte, also bis zum 1. Dezember 1914, zu stunden, erhalten sie aus der Amortisationskasse ein zu dreieinhalb Prozent verzinsliches Darlehen im Gesamtbetrag von 300 000 Mark auf 1 Jahr zur Verfügung gestellt. Diese Kasse hat auch dem Verband der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, der durch die Notlage der Winzer ebenfalls leidet in Mitleidenschaft gezogen ist, bereits einen weiteren Kredit in Höhe von 200 000 Mark gewährt. Die Steuerkommissionäre sind angewiesen worden, die beim nächsten Steuerabgabenzuföhren einkommenden Gesuche um Einkommensteuerbefreiung oder -vinderung und um mehrbessere Veranlagung der Rebbaufrümden zur Vermögenssteuer wohlwollend zu prüfen und, soweit angängig, zu berücksichtigen. Eine vollständige Befreiung neuangelegter Rebbauanlagen von der Vermögenssteuer ist mangels einer gesöhrlichen Grundlage nicht möglich. Endlich soll die Winzerbedürfnisse bei der Vergebung von Arbeiten durch Staatsstellen soweit irgend tönlich, besondere Berücksichtigung erfahren.

„Und doch bin ich diejenige, die studiert und in Kalkutta das Doktorexamen gemacht hat, während er der Sohn eines Adelen in Chicago ist“, sagte sie, vor Zorn beerd. „Er thronisiert auf unerhörte Weise dieses Lager, wenigstens die Frauenabteilung, und jedermann fürchtet ihn. Er brüllt und tobt aber auch wie ein rasender Bföfel.“

„Sicherlich tut er aber nicht bloß das.“

„Ja, gewiß, er ist ein kluger Mensch und hat viel Erfahrung, das gebe ich zu. Aber auch ich fürchte mich vor ihm und finde niemals den Mut, meine Stellung ihm gegenüber zu wahren ... Sie sind also eine freiwillige Krankenpflegerin?“

„Ja, und zwar eine sehr unerfahrene. Jede Belehrung und Anweisung, die Sie mir zuteil werden lassen, nehme ich auf dankbarste an.“

„Gut, gut, das wird sich schon alles machen; wir bedürfen dringend der Unterstützung ... Hier ist Ihre Wohnung.“ Damit öffnete sie eine Türe, und wir traten ein. „Werden Sie sich auch nicht allzu sehr ängstigen?“

„Es war ein kleines, niedriges, mit Grasmatte belegtes Zimmer, worin ein nettes, sauberes Feldbett, ein Kuschelstuhl und ein Tisch mit einer Lampe standen. Augenscheinlich hatte man das Bett soeben erst mit frischen Lössern und Decken hergerichtet, und auch mein Gepäck war herbeigeföhrt und aufgeschmalt worden.“

„Es ist ja ganz bequämlig hier“, bemerkte ich, als ich beim Umschauen all diese Einzelheiten entdeckte.

„Wie ich sehe, hat Mr. Thorold bereits meine Befehle gegeben. — Werden Sie sich auch ganz gewiß nicht ängstigen?“ wiederholte meine Begleiterin nachdrücklich. „Ich meine, hier so allein zu schlafen?“

„Nein, wirklich nicht. Bevor uns Dummheit willens sollte ich mich denn auch fürchten?“ Und mutig schaute ich ihr ins Gesicht.

„Nun, ich meine nur, weil ... weil Mrs. Smith hier in diesem Bett geschlafen ist. Allein Sie haben wohl gute Nerven?“ Sie machte dabei eine ziemlich zweifelhafte Miene.

„O ja, gewiß.“ Und da ich sehr müde war und mich unbeschreiblich danach sehnte, mein Haupt irgendwo niederzuliegen, sagte ich nur noch: „Ich mache mir durchaus nichts daraus. Daß das Bett desinfiziert worden ist, darf ich ja wohl annehmen?“

„Aber natürlich. Nun, also morgen früh um sieben Uhr werde ich Sie wecken. Ich habe diese Nacht Dienst. Schafen Sie wohl.“

Nach entleertem ich mich und warf mich auf das reinliche, weiße Lager. Wohl war ich halb tot vor Müdigkeit, und doch flüsterte mir eine abschätzliche innere Stimme fortwährend zu, daß das Wesen, das zuletzt hier geruht, eine Engländerin war

Theater, Kunst, Wissenschaft

Verein der Künstler und Kunstfreunde

Siebentes Konzert. Im Musikbetrieb kauft seit der Nichtbetätigung unseres beliebten Pindermartens leider eine Lücke, die auszufüllen sich der Künstlerverein durch vermehrte Berücksichtigung der vornehmen Kammermusik angelegen sein läßt. Gestern war es das Klingler-Quartett aus Berlin, das in seinen Vorträgen wiederum bewies, welch' hart künstlerischer Wille alle vier Quartettgenossen leitet. Nämlich reine Intonation, klare Gestaltung, seines Stimmföhnen, empfindlicher Schwung und geistige Ausföhrung des Inhaltes sind die Vorzüge dieser Vereinigung, während heute die Qualitäten des Tones und Klanges weder an das Petersburger noch an das Wendling-Quartett heranreichten dürften. Stimmt Herr Prof. Klingler übrigens absöhtlich um reichliche Schwabungen höher ein, so daß nicht von tiefer Karlsruher Normstimmung, sondern von hoher Wiesbadener Stimmung gesprochen werden kann? Seine große Musikalität bewies das Ensemble in Beethoven's inhaltsreicherem Es-Dur Quartett op. 127, der Krone dieses Abends: wie majestätisch die Einleitung, wie tief und andächtig das Allegro in seiner „anigen Melodie“, wie weiblich das Adagio mit den fünf herrlichen Variationen, wie frisch und lebensfröhlich und von humorvoller Heiterkeit durchdränkt Scherzo und Finale dieses Wunderwerkes. — Haydn's Es-Dur Quartett op. 77 wurde mit Feinheit und echt Haydn'schem Wohlklang gespielt; sonne Klarheit und Vielsöhrigkeit durchzieht diese föhliche Sonatensuite, die immer wieder ihren Weg zum Herzen findet. — Schönerische Kraft, wertvolle musikalische Gedanken und unerlöbliche Feinheit zeugt, auch in folcher gefährlichen Nachbarschaft, das Streichquartett von Karl Klingler Trio-moll, das besonders in den langsamen Sätzen harte und originelle Empfindungsweise verrät, während man mit dem etwas bizarr und zerklüftet anmutenden Allegretto nicht gleich Föhlung gewinnen konnte. Des melodieföhnen Werk trägt Brahms'sche und Schumann'sche Züge und will sorgsam alle gewagten, aber auswöhligen Tonkombinationen vermeiden, wohl aber in der Einde der klüftlosen Auswöhlte mancher „Modernen“ das Ohr erfreuen. Allen diesen Vöhrten verhalf das Klingler-Quartett zu großem Erfolge. — g.

Kunstnotizen

* Der Vorstand der Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst teilt mit, daß der Vortrag des Herrn Dr. Waldesheim über „Francisco Goya“ auf Dienstag, den 3. Februar, verlegt wurde. Anfang wie immer abends 8 Uhr in der Aula der Höheren Mädchenschule.

Nus Wiesbaden

Der Raubmord in der Jahnstraße

Zur Untersuchung der Morbsache Schweiger, die die Wiesbadener Einwohnerchaft erklärterweise in große Aufregung versetzt hat, weilten am Montag den ganzen Tag bis nachts 1 Uhr die Staatsanwaltschaft, der Untersuchungsrichter, die Kriminalpolizei und die in Frankfurt für große Verbrechen vorhandene Kommission in der Wohnung der Eheleute Schweiger, Jahnstraße 5. Der Tatort und die Leiche wurden fotografiert; durch den Vertreter Dr. Siegel, des Gerichtsschreibers Dr. Popp in Frankfurt, der wegen eines Mordprozesses in Saarbrücken weilte, wurden mikroskopische und chemische Untersuchungen an den vorhandenen Kleidungsstücken, Fingerabdrücken, Kleidungsstücken usw. vorgenommen. Der mutmaßliche Täter ist am 11. Januar in die Schweizerische Wohnung gekommen und hat das Zimmer gemietet, nachdem er vorher in einem anderen Haus sich ein Zimmer angesehen. Den als Wochenmiete geforderten Betrag von 5 Mark hat er im voraus bezahlt. Der neue Mieter hat sich im Lauf seiner Unwesenheit im Haus nur wenig bemerkbar gemacht. Er war hellgelbes, schlief meistens bis in den Nachmittags hinein, ging dann abends fort und kam spät in der Nacht wieder. Den Wirtsleuten gegenüber gab er an, Drechsler oder Holzgeräth zu sein und Karl Müller zu heißen. In seiner Begleitung befindet sich vermutlich eine Frauensperson im Alter von 22 bis 23 Jahren.

Die Person, die einen unöklichen Einbruch machte, soll in der Schulgasse gewohnt haben, war aber dort nicht aufzufinden. Nach Äußerungen des Mörders seinen Wirtsleuten gegenüber war es keine Schweizer, eine Wälerin, die angeblich vorher in Mannheim gewohnt haben soll. In der Nacht vom 13. bis 14. Januar ist Müller nicht in sein Logis zurückgekehrt, er hat in einer Wirtschaft am Mauritiusplatz geschlafen.

Die Untersuchungen über die Morbsache ergaben folgende Feststellungen: Frau Schweiger hat, wie täglich, Milch ausgelesen und ist, wie bestimmt feststeht, um 9.30 Uhr aus dem Weg nach ihrer Wohnung gewesen, nachdem sie kurze Zeit vorher noch mit einer ihrer Kundinnen sich über ihren merkwürdigen Zimmerherren unterhalten hatte. Müller hat, seiner Gewohnheit gemäß, bei ihrer Rückkehr noch im Bett gelegen. Frau Schweiger hat ihm den Kaffee gebracht und ist bei dieser Gelegenheit dann überfallen und ertrügt worden. Krampfanfälle an der Leiche, die im Gesicht und an den Händen bemerkbar waren, lassen darauf schließen, daß der Ermordung ein längerer Kampf vorausgegangen ist, bei dem der Mörder jedenfalls, wenn er nicht verletzt worden ist, Blutsäure von den Verletzungen der Frau erhalten hat. Nach der Tat hat sich dann der Mörder die Hände gewaschen, die Föhrten in die Tasse gesteckt und der Frau das Geld, das sie bei sich trug, entziffen. Der fehlende Betrag hat sich noch nicht genau feststellen lassen. Ihre Montagsentnahme betrug gewöhnlich 30—40 Mark, die sie in einem länglichen Damenvortommone mit überlappbarem Lederdeckel aufbewahrte. Der Täter hat übrigens nicht verüht, die Behälter zu erschöpfen, denn das dort aufbewahrte Bargeld, ebenso ein Sparföhrbuch fanden sich noch vor. Zwischen 10.30 und 11 Uhr soll der Mörder, wie Augenszeugen berichten, die Wohnung eilig verlassen haben. Kurz vorher war noch ein Junge aus der Nachbarschaft da-

wie ich selbst, und daß sie in eben diesem Bette an der Pest gestorben, an dieser föhrlüchlichen, ekelhaften Krankheit. Auf dieser selben Matratze hatte ihr freier Körper ausgebreitet gelegen, in diesen selben Armen hatte sie ihren letzten Seufzer ausgehaucht, hier hatte sie harr und kalt geruht, bis man sie fortgebracht und verbrannt hatte.

Allein trotz dieser inneren Stimme schiel ich fest und tief, so tief, als wenn auch ich tot wäre. Morgens beim Erwachen mußte ich mich einen Augenblick befassen, wo ich mich eigentlich befand, dann durchdrachte mich wie ein Blitz sofort das Bewußtsein: in Pestlagere bist du, im Pestlager!

Nach erlosch ich mich und neigte mich an, und als Mrs. Rammel mich zu wecken kam, war ich bereits fertig.

„Sie schreien mir eine Prähausföhrerin zu sein!“ rief sie erkannt. „Ein halbes Stündchen hätten Sie noch gut liegen bleiben können. Ach, ich trenne mich immer so schwer von meinem Bette!“

„Ich nicht im geringsten. Ich möchte mich gern noch ein bißchen hier umsehen, ehe ich mich an die Arbeit mache. Dieses Baradenlager sieht ja aus, wie eine Stadt. Aus was sind denn die Baraden hergeföhrt?“

„Aus Stroch und Holz. Auf diese Weise können sie rasch aufgebaut und, wenn entbehrlich geworden, auch leicht verbrannt werden.“

„Die Kartenhäuser also. Und wo bewohnt jene Zelte dort drüben?“

„Doktor Krazer, Mr. Thorold und einige Angestellte. Die anderen Baraden dort am Flußufer gehören zum Sonderlager, wo die Kranken so lange beobachtet werden, bis erwiefen ist, ob sie wirklich von der Pest befallen sind. Kommen Sie jetzt zum Kaffee, damit Sie sich wirklich bei Erasmus einstellen können.“

Beim hellen Tageslicht entdeckte ich, daß dieser geföhrdeten Tyrann fast so schwarz wie ein Reger und so herrschföhlich wie irgend ein europäischer Selbstherrscher war.

„Ach, Mrs. Rammel, da sind Sie ja und sogar pünktlich! Seien Sie das nur immer“, mahnte er, mich eingehend betrachtend.

„Mrs. Rammel wird Ihnen Schönes geben, und nun lassen Sie auf, was ich Ihnen sage. Meine Zeit ist kostbar, und Sie sind ja doch wohl zum Arbeiten und nicht zum Vergnügen hergekommen, was?“

„Allerdings nicht zum Vergnügen“, antwortete ich kalt.

„Gut denn. Die haben dreihundertzwanzig Kranke auf unserer Station, und nur acht Pflegerinnen, von denen die Hälfte nichts taugt. Da Sie eine englische Mrs. Smith sind, so werden Sie sich wohl Meistest verschaffen, um so mehr, als die Kranken nicht wissen, daß Sie so unwissend sind wie ein junger Hund.“

(Fortsetzung folgt.)

gewesen, der Milch kaufen wollte, er bekam jedoch aus der verschlossenen Wohnung die Mitteilung, daß Frau Schweiger nicht da sei und die Wohnung abgefragt habe. Der Chemiker der Frau Schweiger lebte um 11 Uhr von seinem morgentlichen Kundengang zurück und wunderte sich zunächst darüber, daß seine Frau nicht, wie sonst, schon zurück war. Nachdem er längere Zeit auf der Straße gewartet hatte, ließ er einen Schloffer holen und ließ, während dieser sich mit der Öffnung der Tür beschäftigte, durch das Fenster im Hof in die Wohnung, wo er seine Frau tot vorfand.

Die Spuren des Mörders in dem Wohnzimmer waren bedauerlicherweise vor dem Eintreffen des Chemikers dadurch beseitigt worden, daß zahlreiche Personen den Raum betreten hatten. In dem Zimmer wurden ein Gummitragen gefunden, an dem sich einige Fingerabdrücke befanden, ebenso eine Radfahrer-Lampe, die ebenfalls Fingerabdrücke zeigt, aber leider, wie der Kragen, von verschiedenen Personen berührt worden war, als der Chemiker eintraf. Auch an der Wäschebüchse und an anderen Gegenständen fanden sich Fingerabdrücke, die möglicherweise von dem Mörder herrühren. Der Täter ist offenbar ein Berufsschweiger; er ließ an dem Totort einen Schlüssel zurück, dessen Rast sich abschrauben läßt. Wahrscheinlich hat der Mörder den Schlüssel auch als Dietrich benutzt.

Während nachmittags in der Leichenhalle am Südfriedhof die gerichtliche Sektion der Leiche der ermordeten Frau Schweiger statt. Die Sektion ergab, daß die Frau einen gewaltigen Schlag auf dem Kopf erlitten hatte, der zu einem Bruch des Schädels und Verletzungen am Hinterkopf geführt hat. Die Leiche wurde nach der Sektion zur Beerdigung freigegeben.

Ein in Worms festgenommener Mann, in dem man den Täter vermutete, wurde gestern nachmittags unter harter Bedingung nach Wiesbaden gebracht und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Durch Gegenüberstellung von Zeugen, die den Mörder der Familie Schweiger von Angesicht kannten, wurde festgestellt, daß es sich nicht um den flüchtigen Logisgast handelt, daß der in Worms festgenommene als Täter also nicht in Frage kommt. Doch scheint es, als ob die Polizei mit der Festnahme des vermeintlichen Mörders einen guten Fang getan hat. Alle Angaben, die der Betreffende über seine Persönlichkeit machte, haben sich als vollständig unrichtig ergeben. Nach seiner Vernehmung wurde der Mann nach Worms zurückgebracht.

500 Mark Belohnung

Auf die Ergreifung des Mörders ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Dank der unermüdblichen Tätigkeit des Gerichts ist man jetzt in der Lage, über den mutmaßlichen Mörder und seine Komplizen nähere Angaben machen zu können. Der Herr Untersuchungsrichter gibt in Uebereinstimmung mit der Kgl. Staatsanwaltschaft über den Mord und den Täter folgenden Bericht:

Am 19. Januar 1914 zwischen 12 und 1 Uhr mittags wurde die Milchhändlerin Ehefrau Wendelin Schweiger, Elisabeth, geb. Schulz, in ihrer Wohnung, Zahnstraße 5, zu Wiesbaden, ermordet aufgefunden. Verschiedene Merkmale weisen deutlich darauf hin, daß der Tod durch gewalttätige Einwirkung eines Dritten herbeigeführt worden ist. Wahrscheinlich hat der Täter die Frau mittels einer vorher zur Umhüllung eines Kartons verwendeten Schnur erdrosselt und dann an einem der Bettstößen aufgehängt. Die Tat erfolgte in einem Parterrezimmer der Schweiger'schen Wohnung, welches seit dem 11. Jan. 1914 an einen Mann untervermietet war, welcher sich Karl Müller nannte und angeblich Beziehungen zu Gölz hat. Sein Wesen bestand, als er ankam, in der Hauptfache aus einem großen braunen Koffer, anschließend Kabinenkoffer. Seit Entdeckung der Tat, die etwa gegen 10 Uhr morgens begangen sein kann, ist dieser Mann, der seiner polizeilichen Meldepflicht nicht genügt hatte, spurlos verschwunden. Etwa 9 1/2 Uhr hat man ihn das Haus verlassen sehen. Der Verdacht liegt nahe, daß er der Täter ist. Aufschneidend hat er die Getötete ihrer Varschaft — nur mindestens des Wertschuldes, welches sie bei ihren Geschäftsgängen bei sich zu führen pflegte — beraubt. Ob weitere Summen fehlen, ist noch nicht erwiesen. Der Genannte scheint enge Beziehungen zu einer Frauensperson zu haben, und es besteht die Vermutung, daß er mit ihr als Mann und Frau in der Nacht vom 13 bis 14. Januar 1914 in einem hiesigen Gasthause logiert hat, wo er sich als Paul Müller aus Krefeld ausgab. Der vermutliche Täter wird, wie folgt, beschrieben: Größe gegen 1,70 Meter, Gestalt schlank, blaßes knochiges Gesicht, dunkles Haar, Anflug von dunklem Schnurrbart, kleine Bart-Notenletten von dunkler Farbe, dunkle, tiefstehende Augen mit lebhaftem Blick, bleiche gepflegte Hände, hübschender Gang, Alter etwa 27—30 Jahre. Sein Gesicht soll verächtlich aussehen. Starker Zigarettenraucher. Nicht ausgezogen, daß es sich um einen Zuhälter handelt.

Er trug dunklen Ueberzieher, braunen eingefärbten Hut, weite Hosen, braune Handschuhe.

Die bezügl. der Frauensperson gegebene Beschreibung lautet wie folgt: Größe 1,67 bis 1,70 Meter groß, 20 bis 23 Jahre alt, schmales blaßes Gesicht, Oberhäute vorstehend, blondes Haar, große Nase. Kleidung: graubraunes Jackett, vielleicht auch Mantel in dieser Farbe, sogenannter Toque-Hut, vorn mit buntem Band verziert, abgetragene schwarze Schuhe. Sie soll den Eindruck einer Dirne machen.

Es wird ersucht, zur Ermittlung beider Personen und sonst zur Aufklärung des Sachverhaltes dienliche Tatsachen unter dem Aktenzeichen 3 J. 60/14 dem Untersuchungsrichter mitzuteilen.

Zur Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

Wiesbaden, den 20. Januar 1914.

Der Untersuchungsrichter des Kgl. Landgerichts.

Stadtverordnetenversammlung

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten findet am Freitag, den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr, statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Projekt für die Umgestaltung des Kochbrunnen-Eingangs am Kranzplatz. Ber. Bau-A. 2. Abkommen mit dem Rentner Karl Peters betr. Regelung der Beitragsleistung zu den Kosten der Verlegung und des Ausbaues der Straße „Am Paulinensfeldchen“. Ber. Bau-A. 3. Schlussabrechnung für den Kurhaus-Neubau. Ber. Bau-A. 4. Austausch von Gelände an der Friedrich-Otto-Straße und am Tambachel. Ber. Bau-A. 5. Abänderung des Ortsstatuts, betr. die gewerbliche Fortbildungsschule in Wiesbaden. Ber. Org.-A. 6. Befreiung einer Anzahl nichtangehelliger Techniker und Bürohilfsarbeiter von der Angestellten-Versicherung. Ber. Org.-A. 7. Renovation von 2 Mitgliedern des Vorstandes der künftigen Fortbildungsschule. Ber. Bau-A. 8. Beschl. von 2 Mitgliedern des Brandversicherungs-Ausschusses. Ber. Bau-A. 9. Vorschläge für die Wahl der Mitglieder des ständigen Ausschusses, Deputationen usw. für das Jahr 1914. Ber. Bau-A. 10. Festlegung des Gehaltes für den in voriger Sitzung gewählten Beigeordneten. 11. Bewilligung von 9300 M. für Erneuerung der Trommeln im unteren Luftkühler der Schlachthöfeanlagen. 12. Ueberlegung von Baugelände westlich der Volkshausanlagen. 13. Bewilligung von 4270 M. für die Errichtung von zwei transportablen Sprengwagen-Baracken für das Stadt. Straßenbauamt. 14. Vorlage betr. die Organisation der Abteilung für Gebäudeunterhaltung und Gewässer einer nicht pensionsfähigen Anlage von 300 M. an einen hiesigen Beamten. 15. Vorlage über Personal-Veränderungen bei der Stadt- und Bau-Zweigverwaltungen in 1914. Ber. Org.-A. 16. Personal-Veränderungen bei dem Wasser- und Elektrizitätswesen infolge der Wahl des Oberingenieurs Schulte zum Stadtrat. Ber. Org.-A.

Festmahl zum Geburtstage des Kaisers am 27. Januar im Kurhaus

Das Festmahl findet wie im vorigen Jahre wieder im großen Konzertsaal des Kurhauses statt. Die Festrede wird Herr Oberst v. D. Rott halten. Die Feste zum Einzelnigen liegen bis zum 25. Jan. bei nachbenannten Stellen offen: Volkshaus, K. Kurhaus, Restaurant, an der Kasse des Kurhauses, im städtischen Verkehrsamt, im Hotel-Restaurant, im Hotel Metropol, im Hotel Victoria, 22. beim Botenmeister im Rathaus und im Polizei-

Dienstgebäude, Zimmer 30. Das Belegen der Plätze kann am Dienstag, den 27. Jan., von 12 Uhr ab erfolgen.

Gasmangel

Was mangel in der kalten Jahreszeit ist in der Regel auf Verhinderung der Zuleitung durch Naphthalin zurückzuführen. Falls nicht einzelne Brenner, sondern sämtliche Flammen in der Wohnung mangelhaft brennen, so ist sofort die Gasverkömmerung zu benachrichtigen, die derartige Störungen unentgeltlich beseitigt.

Stadtausflug

Der Stadtausflug bewilligte dem Restaurateur H. Kemmerer von hier in seiner geistigen Sitzung die Erlaubnis zum unbeschränkten Schönwetterbetrieb für ein Haus in der Wörthstraße.

Eisfest auf dem Kurhausweiher

Am Donnerstag hat die Kurverwaltung ab 7 Uhr abends ein Eisfest auf dem Kurhausweiher, verbunden mit Konzert und Illumination, angestellt. Die Tageskarte kostet 1 M.; ab 7 Uhr beträgt der Eintrittspreis auch für Zuschauer 50 Pf. Eingang nur durch Hauptportal und Gartentor an der Paulinensstraße. Der Kurgarten bleibt von 6 Uhr ab für den Bassantenverkehr gesperrt.

Morderschuldige Levy vor dem Frankfurter Schwurgericht

Am Dienstag hatte sich vor dem Frankfurter Schwurgericht unter der Anklage des Morderschulds der Schneidermeister Benjamin Levy aus Wiesbaden zu verantworten. Levy betrieb von 1904 bis 1910 auf der Kaiserstraße in Frankfurt ein Schneidergeschäft, in dem der nachmalige Schneidermeister Stephan als Schneider tätig war. Der Angeklagte verheiratete sich 1901; der Ehe entsprossen drei Kinder. Im Winter 1910 gab Levy sein Frankfurter Geschäft auf, und Stephan machte sich selbständig. Der Angeklagte ging zunächst nach Toulouse, von wo aus er seinen Verdienst an seine Angehörigen schickte. Im Frühjahr 1911 siedelte er nach Wiesbaden über und reiste von dort vielfach nach Bad Nauheim, wo er einen guten Kundenkreis besaß. Als er eines Tages von dort zurückkam, erwartete ihn vor seiner Wohnung ein Dienstmann, der ihm ein anonymes Schreiben übergab, aus dem hervorging, daß in seiner Abwesenheit ein schwarzer Herr bei seiner Frau ein- und ausgehe. Der Angeklagte schickte, wie sich die ihm zur Last gelegte Tat zugetragen hat. Zunächst habe er sich mit Selbstmordgedanken getragen und sich im Rhein ertränken wollen. Am 8. Oktober ist Levy nachmittags nach Frankfurt gefahren und hat im „Hotel Holland“ im 3. Stock ein Zimmer gemietet. Ins Fremdenbuch schrieb er sich als Kaufmann Ray aus Köln ein. Stephan forderte er unter diesem Namen brieflich auf, mit Nauheim für einen schwarzen Anzug ins Hotel zu kommen. Als Stephan abends losging, trat ihm vor der Tür Levy entgegen. Sofort gab er einen Schuß auf Stephan ab, der zwar an der Brust getroffen wurde, jedoch unverletzt blieb. Auf sich selbst feuerte der Angeklagte zwei Schüsse ab; auch ihm passierte nichts Ernstliches. Der Polizei gegenüber legte er das Geständnis ab, er habe die Absicht gehabt, zuerst den Stephan und dann sich selbst zu erschießen. Die Anklage lautet auf Mordversuch. Der Staatsanwalt behauptet, diese Anklage erheben zu müssen, weil vielleicht anderer gegen den Beschuldigten seines Familienkreises ebenso gehandelt hätte; aber das Recht verlange seine Sühne. Der Verteidiger ließ die Mißbilligung auf Vernehmung stellen, und diese wurde von den Geschworenen bejaht, jedoch der Angeklagte mit fünf Monaten Gefängnis davonkommt.

Gesellschaftliche Verteilungen

Einen 11 Ar 23 Quadratmeter großen Acker an der Markstraße, der schätzungsweise 22.500 M., von der Steuerbehörde zu 20.200 M. geschätzt und mit 53.000 M. Hypothek belastet ist, feigerte für 11.150 M. der Bankdirektor Herrn. Veder für eine Wiesbadener Immobilien-Erwerbs- und Verwertungsgesellschaft. Die Gesellschaft ist selbst Gläubigerin mit einer Hypothek von 10.000 M. Der Zuschlags-termin ist der 2. Febr. — Das Anwesen Wäldchenstraße 62, das Montag zur Versteigerung aussteht, ist im Jahre 1906 schätzungsweise taxiert zu 112.500 M., während die Steuerlast sich auf 124.000 M. beläuft. 118.000 M. Hypothek sind auf das Grundstück eingetragen. Das höchste Gebot mit 94.250 M. hat, unter Abstoßung sämtlicher Hypotheken, legte die Ehefrau des Kaufmanns August Gundersberger dahier ein, für welche eine eigene Hypothek in Höhe von 20.000 M. eingetragen war. Der Zuschlag wurde im Termin erteilt. — Ferner wurde der Zuschlag erteilt für das Anwesen Rheinstraße 62 der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Kosmos“, bzw. dem Subdirektor Georg Preis, an welchen die Gesellschaft ihre Rechte abgetreten hat. Das Vorgebot der Gesellschaft im Versteigerungs-termin belief sich auf 390 M., ihr Hypothekensumme beträgt 60.000 M. Weitere Rechte an das Immobilien bleiben nicht bestehen.

Das Geld der Weihnachtsparade

Wie im Jahre 1912, so hatten sich auch im Jahre 1913 dreizehn Bürohilfsarbeiter der Steuerkasse zu einer Weihnachtsparade vereinigt, in der allmählich der Bürohilfsarbeiter Karl Koch die Einnahmen eintrug und verbrachte. Der Wohnung der Später, das Geld ausbringend bei der Landeshauptbank anzulegen, kam aber Koch, wie im August festgestellt wurde, nicht nach. Er hatte vielmehr die bis dahin eingegangenen 472,75 M. „verarbeitet“, wie er vor der Strafkammer, vor der er wegen Untreue stand, sich ausdrückte. Zur Kenntnis des Staatsanwalts war diese Verletzung des Koch, die er übrigens wieder gut gemacht hat, durch einen Anonymus gelangt. Die Strafkammer nahm Koch wegen Untreue in 2 Wochen Gefängnis.

Strafhammer

Durch den Möbeltransporteur Friedrich Rädert wollten im vorigen Jahre der Jüwelier Cron, sowie dessen Schwager Kurz ihre zerrüttete Vermögenslage wieder in die Balance bringen lassen. Bei Gelingen dieses Experimentes, bei dem vor allem mit Wechseln gearbeitet wurde, sollten für Rädert 1000 Mark abfallen. Rädert setzte nun einen Wechsel, den Cron und Kurz in Höhe von 500 M. ausgestellt hatten, unbedeutenderweise in Umlauf. Auf diese Weise kam es, daß Cron und Kurz kein Geld erhielten, sondern obendrein zahlen mußten. Diese Handlung wurde Rädert von dem Strafrichter als Untreue angelegt und mit 2 Wochen Gefängnis bestraft. — Der 19jährige Tagelöhner Oskar Klein von Wiesbaden hat zwei Gasautomaten, den seiner Mutter und den einer Familie in der Eltviller Straße, erworben und sich insgesamt 441 M. angeeignet. Als kriminell rückfälliger Dieb muß er ein Jahr einen Monat Gefängnis absitzen. — Um sich Geld für Ruh- und Bettag zu verschaffen, begaben sich der 19 Jahre alte Gärtner Jakob Kiffinger und der Tagelöhner August Scheid von Wiesbaden im November 1913 nach dem Südfriedhof und entwendeten einen Zinbedel, hatten jedoch nicht den Mut, den Raub in Sicherheit zu bringen. Kiffinger erhielt wegen der Sache, weil kriminell rückfälliger, 3 Monate, Scheid 8 Tage Gefängnis. — Als gefährlicher Mörder zeigte sich am 2. November 1913 der gerichtsnotorische 22 Jahre alte Tagelöhner Jakob Klein von Wiesbaden. Dieser wurde von dem Telegraphenarbeiter Friedrich Radu wegen einer Beschimpfung seines Vaters zur Rede gestellt. Radu, der sofort in der Hand des Klein einen Dolch blitzen sah, griff zu seinem Stock und schlug auf Klein ein. Im gleichen Augenblick sprang Klein auf Radu zu und verfrachte diesem einen Stich in die rechte Brust und einen in den linken Oberarm. Nur einem kleinen Taschentuch, an dem der Dolch abhakt, hat es Radu zu danken, daß er mit dem Leben davonkam. Den Klein beehrte die Strafkammer mit 6 Monaten 2 Wochen Gefängnis. Zugute kam ihm, daß ihn Radu mit dem Stock attackierte und er erst darauf von seinem bis dahin verborgen gehaltenen Dolche Gebrauch gemacht.

Stenographisches

Im Auftrage des Vorstandes des Stenographenvereins „Wabersberger“ E. S. J. hat der 1. Vorsitzende, Herr Dipl.-Handelslehrer Schöben, die Mitglieder zu der am Donnerstag, den 22. Januar, abends 9 Uhr, im Hotel Bogel, Rheinstraße 27, stattfindenden Generalversammlung ein. Die Tagesordnung ist durch Rundschreiben bekannt gegeben. Vollständiges Erscheinen ist Ehrensache, umso mehr als Herr Magistrats-Assistent Tolsdorf einen Vortrag, betitelt: „Wabersberger als Mensch“ halten wird.

Vergiftet

Der 30jährige Chauffeur Joh. Bief hatte sich heute vormittag in seiner Dienststelle in der Beethovenstraße mit Benzin vergiftet. Der Mann wurde in Anwendung des Sauerstoffapparates durch die Sanitäts-wache ins Krankenhaus verbracht.

Kürliches

Am 20. Februar d. J. sind 25 Jahre verfloßen, daß der Dritte Orden des h. Franziskus in unserer Pfarzgemeinde begründet wurde. Am Verherrlichung des Jubeltages wird ein Franziskanerorden am Samstag, den 7. Februar, nach Wiesbaden kommen, am Sonntag

bei der gemeinschaftlichen hl. Kommunion eine Ansprache halten und am Sonntag nachmittag in der Ordensversammlung — dieses Mal in der St. Bonifatiuskirche — predigen.

Aus dem Abgeordnetenhaus

Das Abgeordnetenhaus erledigte zunächst die erste Beratung des Gesetzes betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Danzig. Die Vorlage wurde an die um 7 Mitglieder verstärkte Gemeindefunktion verwiesen. Dann wurde der Gesetzentwurf betreffend die Zuständigkeit der Gerichtsschreiber der Amtsgerichte für die öffentliche Verlautbarung einer Unterschrift in dritter Beratung debattiert und angenommen.

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Landwirtschaftssetats wies Abg. Morawski (Pol.) darauf hin, daß die Schwierigkeiten bei der Arbeiterbeschaffung aus Rußland nicht zuletzt durch die preußische Außenpolitik veranlaßt seien.

Abg. Voelck (Kons.) wies die gestrigen Ausführungen des freisinnigen und sozialdemokratischen Redners überzeugend zurück. In gleichem Sinne äußerte sich der nationalliberale Abg. Schifferer, der sich im Namen seiner Freunde rückhaltlos zur derzeitigen Schutzpolitik bekannte, nicht zur Freude der Freisinnigen, wie aus den Ausführungen des Herrn Badmide hervorging. Badmide wandte sich recht heftig gegen den nationalliberalen Redner, dem er vorhielt, daß seine Freunde früher bei der Caprivischen Handelspolitik mit dabei gewesen wären und auch heute sicherlich nicht alle Schutzöllner seien.

Abg. Voss (Zentr.) brachte Klagen über die freibändige Jagdverpachtung und den Wildschaden im Rheinland vor.

Die allgemeine Besprechung wurde heute durch einen Schlußantrag geschlossen.

Aus dem Reichstage

Die Fortsetzung der Debatten zum Reichsamt des Innern brachte am Dienstag eine große Rede des Staatssekretärs Dr. Delbrück, in der er bei den wichtigsten Fragen in ausführlicher Weise Stellung nahm zur Sozialpolitik und zur Wirtschaftspolitik. Bezüglich der Sozialpolitik, deren erfolgreichen Ausbau er mit Nachdruck hervorhob, meinte der Staatssekretär, daß wir zu einem gewissen Abschluß gelangt seien, insofern als die Grenze der Versicherungsmöglichkeiten erreicht worden sei. Wenn der Staatssekretär diese Äußerung in dem Sinne getan hat, daß er damit vor einer Ueberspannung des Ausbaus der sozialen Gesetzgebung warnen wollte, so wird man ernstlich nichts dagegen einwenden können. Andererseits allerdings müßte man ihm energisch widersprechen, denn namentlich auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes bedarf denn doch noch manches der Besserung. Bedenkenswert waren auch die Ausführungen des Staatssekretärs über das Arbeiterrecht, namentlich auf dem Gebiete des Arbeitsrechts. Wohl betonte er, daß den Berufsvereinen das nötige Maß von Freiheit gewährt werden müsse, aber er betonte auch, daß ein Mißbrauch ihrer großen wirtschaftlichen und moralischen Macht zum Schaden der Gesamtheit verhindert werden müsse. Zu befehlen, daß die Reichsregierung den scharfmoderischen Bestrebungen Gehör schenken könnte, dürfte jedoch diese Äußerung keinen Anlaß bieten. Herr Delbrück hält eine endgültige Lösung dieses Problems für erforderlich und das hat ihn veranlaßt, in ein wissenschaftliches Studium der Frage einzutreten, deren Ergebnis in einer Denkschrift niedergelegt werden soll. Von größerer Bedeutung noch waren die Ausführungen des Staatssekretärs über unsere Wirtschaftspolitik. Er läßt seine Ausführungen in die Erklärung ausfließen, daß die Reichsregierung keine Anlaß habe, an unserer bisherigen Zoll- und Wirtschaftspolitik irgendwie zu rütteln. Diese Ausführungen des Staatssekretärs erhalten dadurch eine besondere Bedeutung, daß Herr Delbrück diesen Teil seiner Rede zur Verlesung brachte, wodurch sie gewissermaßen die offizielle Willens- und Handlungsweise der Reichsregierung darstellten. Die Reichsregierung will danach weder dem Verlangen nach einem lädenden Zolltarif noch auch dem nach einem Abbau des Zolltarifs Rechnung tragen. Bedenklich in diesem Zusammenhang war die Erklärung des Staatssekretärs, daß das Deutsche Reich seinerseits keinen Anlaß hat, die bestehenden Handelsverträge, die bekanntlich im nächsten Jahre zum größten Teil ablaufen, seinerseits zu kündigen. Wenn dies nicht von einem der vertragschließenden Staaten geschieht, dann werden also die Handelsverträge stillschweigend ein Jahr weiterlaufen und die ganze Zolltariffage unangeführt bleiben. Diese Kundgebung des Staatssekretärs ist zweifellos an das Ausland gerichtet, denn der Staatssekretär verhehlt nicht, mit Nachdruck zu betonen, daß wenn seitens der Vertragsstaaten das Vertragsverhältnis gekündigt oder an ihren Tarifen eine Aenderung vorgenommen würde, die Reichsregierung nicht zögern würde, diejenigen Maßnahmen zu treffen, um die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu verteidigen, Angriffe abzuwehren und die alsdann als notwendig erkannten Verbesserungen des geltenden Tarifs durchzuführen.

Aus dem weiteren Verlauf der Debatte ist noch hervorzuheben, die Rede des Abg. Chrsant (Zentr.), der sich mit großer Wärme der Interessen des Mittelstandes annahm. Er forderte die Regierung auf, die mittelständischen Organisationen nach Möglichkeit zu fördern und öffentliche Arbeiten möglichst direkt an die Handwerker zu vergeben; auch an der Pflege des gewerblichen Genossenschaftswesens habe die Regierung ein großes Interesse. Kurz und gut, alle Wünsche und Beschwerden des Mittelstandes brachte der Abg. Chrsant in eindringlicher Form der Regierung zu Gehör und es ist nur zu wünschen, daß der Erfolg nicht allzu lange auf sich warten lassen wird.

Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Letzte Nachrichten

Eine Richtigstellung von Kracht

Berlin, 20. Jan. Die „Nordb. Allg. Zeitung“ nimmt von den Auslassungen der „Bayerischen Staatszeitung“ im Falle des Generalleutnants von Kracht Notiz und veröffentlicht gleichzeitig ein Handschreiben des Generalleutnants an den Kriegsminister, in dem er versichert, daß seine Worte vollkommen entstellt sein müßten. Es sei ganz unmöglich, daß er etwas gesagt haben solle, das die Bayern, deren Mitterkrenz mit Schwertern er ja trage, verletzen könne. Er sei im höchsten Grade empört darüber, daß durch ungenügende Berichterstattung der Sinn seiner Worte anders gedeutet worden sei. Wenn man die ganzen Klänge für Deutschlands Einheit mitgemacht und dafür gebüßt habe, dann sei man im Grunde seines Herzens ein guter Deutscher. Geradezu frevelhaft sei es, treue Kämpfer wie die Bayern verlegen zu wollen.

Proteste gegen den Preußentag

München, 20. Jan. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten erklärte der Kriegsminister Freiherr v. Krefz, nachdem zuvor schon der liberale Abgeordnete Herr v. Kuehner des Generals v. Kracht scharf kritisiert hatte: „Wenn sich die Nachricht über die Äußerung des Generals als richtig erweisen sollte, so könnte ich eine so unerhörte Äußerung nicht scharf genug brandmarken. Sie würde eine völlig unbegründete Verunglimpfung der glorreichen Erinnerungen der bayerischen Armee enthalten, die gerade in jenen Kämpfen um Orléans sich so heldenmütig geschlagen und mit unvergänglichem Ruhm bedeckt hat. Ich müßte diese Äußerung aus dem Munde eines so hohen Offiziers auf das tiefste bedauern und einen solchen Anwurf gegen die bayerische Armee auf das entschiedenste zurückweisen.“

Der Vorstand des Königl. bayerischen Veteranen- und Kriegerbundes erklärt heute eine Erklärung, in der er vor ganz Deutschland und vor der ganzen Welt feierlich Protest erhebt gegen die „unwahre Unterstellung mangelnder Courage resp. der Feigheit“, die General von Kracht auf dem Preußentage den bayerischen Truppen machte.

Pensionat der St. Marienschule, Mainz

Bischöfliche berechnigte Realschule für Knaben
 (sechsklassige Realschule mit wählr. Latein, Abkündigungsberechtigung zum einjähr. freiwill. Dienst und zum Eintritt in die Oberstufe). — Beginn des neuen Schuljahres: 21. April 1914. Präparierte Anmeldung empfiehlt sich. Prospekte und jegliche Auskunft durch den geistlichen Rektor **Dr. Gärtner**.

Inventur-Räumungs-Verkauf

Ausserst günstige Gelegenheit zum Einkauf bester

Lederwaren, Reise-Artikel u. Koffer aller Art

Ein Posten Damen-Handtaschen mit **30—50 Prozent Rabatt**.

Ein Posten

Toiletteköffer u. -Taschen m. Einrichtung zu u. unter Einkaufspreisen.

Gürtel besonders billig!

10% Rabatt 10% auf alle neuen Waren.

J. A. Reis, Hoflieferant :: Wiesbaden
 Wilhelmstraße 32 Telephon 3732.

Inventur-Ausverkauf

zu hervorragend billigen Preisen.

Schlafzimmer :: Speisezimmer,
 Herren- u. Wohnzimmer, Salons

Einzelne Möbel

wie Umbauten, Hausuhren, Ziermöbel etc., ganz besonders preiswert

Fritz Mahr G. Schupp Nachf.,

Tel. 151. Gegr. 1871

Wiesbaden

38 Taunusstrasse 38

Sie finden bestimmt in unserem grossen

Inventur-Ausverkauf

von den Restbeständen in Kinder-, Mädchen-, Damen-, Herren-,

Schuhen

die teils für die Hälfte, teils bedeutend unter Preis abgegeben werden, etwas passendes.

.. Besichtigung ohne Kaufverpflichtung bereitwilligst. ..

Schuhhaus Sandel

Marktstrasse 22

Wiesbaden

Marktstrasse 22



Kohlen.



Wir empfehlen hiermit unsere seit Jahrzehnten **bestens bewährten Hausbrandmarken**

Kohlen, Koks u. Briketts

zu den **billigsten Tagespreisen**.

Insbesondere liefern wir **gewaschene Ruhrusskohlen** und **Anthrackkohlen** aller Sorten in **fachmännisch durchgeführter Aufbereitung** und **maschinell bewirkter Absiebung** auf vier **elektrisch betriebenen Siebwerken**.

Kohlen-Verkauf-Gesellschaft

mit beschränkter Haftung. — Fernsprecher 545 u. 775.

Hauptkontor: Bahnhofstrasse 2 | Annahmestellen: Luxemburgstr. 8,
 Zweigstelle: Nerostrasse 19. | Bismarckstr. 31, Ellerbogeng. 17, Feldstr. 18.

Zeichnungs-Einladung

auf

M. 8,000,000.—

mündelsichere 4% Anleihe der Provinzialhaupts'adt Mainz.

Durch Entschliessung des Grossh. Staatsministeriums in Darmstadt vom 21. Dezember 1910 ist der Stadt Mainz die Genehmigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber bis zum Betrage von M. 16,000,000.— erteilt worden.

Von obigem Betrage ist ein mit 4% verzinslicher Teilbetrag von M. 6,000,000.— Lit. S früher zur Ausgabe gelangt. Weitere M. 8,000,000.— Lit. T sind von uns übernommen worden und werden hiermit unter folgenden Bedingungen zur Zeichnung aufgelegt.

Die Anleihe ist in Teilschuldverschreibungen wie folgt eingeteilt:

No.	1 bis einschliesslich 2400	2400 Stück zu M.	500.—	Mk.	1,200,000.—
" 2401	"	6400	4000	"	4,000,000.—
" 6401	"	7800	1400	"	2,800,000.—
	zusammen	1800 Stück			M. 8,000,000.—

Das Anleihekaptal wird seitens der Stadt mit vier Prozent für das Jahr in halbjährlichen Terminen, am 1. Januar und 1. Juli jeden Jahres verzinst. Jeder Schuldverschreibung werden 20 halbjährliche Zinsscheine für die Zeit vom 1. Januar 1914 ab beigegeben; der erste Zinsschein ist am 1. Juli 1914 fällig und lautet über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1914.

Das Anlehen ist seitens der Stadt Mainz bis zum 1. Januar 1921 unkündbar. Von diesem Tage an steht der Stadt das Recht zu, zu jeder Zeit mit dreimonatiger Kündigung die im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen ganz oder teilweise behufs Rückzahlung des Kapitalbetrages zu berufen.

Die regelmässige Tilgung des Anlehens erfolgt vom Jahre 1916 ab mit jährlich ein Prozent des ursprünglichen Kapitalbetrages zuzüglich der durch die Kapitalrückzahlungen ersparten Zinsen gemäss einem den Schuldverschreibungen beizudruckenden Tilgungsplan. Die Stadt Mainz behält sich die Wahl vor, die vorgesehenen Tilgungen entweder durch Rückkauf von Schuldverschreibungen zum jeweiligen Börsenkurs oder durch Verlosung von Schuldverschreibungen behufs Rückzahlung zum Nennwert vorzunehmen.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen steht ein Kündigungsrecht der Stadt gegenüber nicht zu.

Die Stadt Mainz hat sich verpflichtet:

1. alle die Anleihe betreffenden Bekanntmachungen, insbesondere die Nummern der gezogenen und der in früheren Ziehungen ausgelosten, aber noch nicht eingelösten Anleihebescheine ausser im Deutschen Reichsanzeiger und in der Darmstädter Zeitung je in einer in Mainz, Frankfurt a. M. u. Berlin erscheinenden Zeitung bekanntzumachen;
2. Die Zinsscheine dieser Anleihe, sowie die gekündigten und verlostten Stücke kostenfrei ausser an der

in Berlin	bei der Dresdner Bank,
" Dresden	" Dresdner Bank,
" Frankfurt a. M.	" Dresdner Bank in Frankfurt a. M.,
" Wiesbaden	" Dresdner Bank
	Geschäftsstelle Wiesbaden
" Mainz	" Mainzer Volksbank e. G. m. b. H.,
" Braunschweig	" dem Bankhause Lebrecht & Benfey,
	der Braunschweigischen Bank und Kreditanstalt A.-G.

einzulösen, daselbst auch die neuen Zinsscheinbogen zur Aufgabe zu bringen und im Falle einer Konvertierung der Anleihe an den genannten Plätzen eine Stelle einzurichten und bekanntzugeben, bei der die Konvertierung kostenfrei erfolgt. Die Talonsteuer trägt die Stadt Mainz.

Nach der Verwaltungsrechnung des Oberbürgermeisters der Stadt Mainz für die Zeit vom 1. April 1912 bis Ende März 1913 betragen am Schlusse dieses Zeitraums

die Schulden der Stadt Mainz	M. 47,327,665.88
das Vermögen	85,008,517.25

Unter dem Vermögen sind die Werte der wirtschaftlichen Betriebe der Stadt enthalten, u. zwar:

der Wasserwerke	mit M. 3,007,577.10
der Gaswerke	7,323,055.15
des Elektrizitätswerks	6,196,013.99
der Strassenbahn	4,325,007.45
	M. 20,851,653.72

Diesen Vermögenswerten steht eine Buchschuld von zusammen M. 13,386,551.01 gegenüber. Die zur Verzinsung und Tilgung letztgenannter Summe erforderlichen Beträge bringen die Betriebe allein auf; ein Zuschuss aus der Stadtkasse ist hierzu nicht notwendig.

Die Notierung der Anleihe an der Berliner und Frankfurter Börse wird baldigst herbeigeführt werden. — Wir legen obige Anleihe in Höhe von

M. 8,000,000.—

unter nachstehenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung auf:

1. Die Zeichnung findet statt

Montag, den 26. Januar a. c.

in Berlin	bei der Dresdner Bank,
" Frankfurt a. M.	" Dresdner Bank in Frankfurt a. M.,
" Mainz	" Mainzer Volksbank e. G. m. b. H., f. der. Mitgl.
" Braunschweig	" dem Bankhause Lebrecht & Benfey,
	der Braunschweigischen Bank u. Kreditanstalt A.-G., sowie bei allen übrigen Niederlassungen dieses Instituts,
" Dresden	" Dresdner Bank,
" Freiburg	" Dresdner Bank, Filiale Freiburg,
" Fürth	" Dresdner Bank, Filiale Fürth,
" Mannheim	" Dresdner Bank, Filiale Mannheim,
" München	" Dresdner Bank, Filiale München,
" Nürnberg	" Dresdner Bank, Filiale Nürnberg,
" Strassburg i. Els.	" Bank von Elsass und Lothringen sowie bei allen übrigen Niederlassungen dieses Instituts,
" Stuttgart	" Dresdner Bank, Filiale Stuttgart,
" Wiesbaden	" Dresdner Bank, Geschäftsstelle Wiesbaden
	dem Vorschuss-Verein zu Wiesbaden e. G. m. b. H., für dessen Mitglieder,
	der Vereinsbank Wiesbaden e. G. m. b. H., für deren Mitglieder,
	sowie bei allen übrigen Niederlassungen der Dresdner Bank

2. Der Zeichnungspreis beträgt

94,30%

3. zuzüglich 4% Stückzinsen vom 1. Januar bis zum Abnahmetag (siehe unter 5).
4. Bei der Zeichnung ist auf Erfordern eine Kautions von 5% des Nennwertes in bar oder in marktgängigen Wertpapieren zu hinterlegen.
5. Die Zuteilungen, deren Höhe dem Ermessen der Zeichnungsstellen überlassen bleibt, werden baldmöglichst nach Schluss der Zeichnung erfolgen. Den Stempel der Zuteilungsschlussnote trägt der Zeichner zur Hälfte.
6. Die Abnahme der zuteilten Stücke hat in der Zeit vom 5. bis 28. Februar inklusive gegen Zahlung des Kaufpreises zu geschehen. Die Lieferung wird zunächst in Kassaquittungen erfolgen.

Berlin, Frankfurt a. M., Mainz, Braunschweig, im Januar 1914.

Dresdner Bank **Dresdner Bank in Frankfurt a. M.**
Mainzer Volksbank e. G. m. b. H. **Lebrecht & Benfey**
Braunschweigische Bank und Kreditanstalt A.-G.

